

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 234

SONNTAG, 5. Dez. 1937

Aus dem Inhalt:  
Europäische Gesamtlösung?  
Neue Schandurteile  
Gauleitung Kanarische Inseln  
Kommunismus und Demokratie

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

# Schachts Entpolitisierung

## Das Heer beherrscht die Wirtschaft

Am 26. November hat Hitler die Demission Schachts als kommissarischen Reichswirtschaftsminister genehmigt. Zugleich wird Schacht als Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt und in seinem Dankschreiben gibt Hitler der Erwartung Ausdruck, daß Schacht noch viele Jahre als Präsident der Reichsbank und als sein persönlicher Berater tätig sein werde.

Damit findet eine der seltsamsten Ministerkrisen ihren vorläufigen Abschluß. Denn seit Monaten hat Schacht einen Kampf um seine Entlassung geführt. Seit Monaten hat die ausländische Presse über die Gegensätze, die zwischen der Wirtschaftspolitik Schachts und der Görings über die Fortsetzung der inflationistischen Finanzierung und das rasche Vorantreiben der Autarkisierung entstanden seien, ausführlich berichtet, während die deutschen Zeitungen kein Wort davon erwähnen durften. Schacht wollte weg, aber er durfte nicht. So flüchtete er, da es keine deutsche Öffentlichkeit gibt, in die ausländische Öffentlichkeit. So oft er in letzter Zeit ins Ausland kam, verkündete er laut seine Demissionsabsicht; zuletzt erklärte er am 26. Oktober bei einem Empfang auf der amerikanischen Botschaft in Berlin den angelsächsischen Journalisten in gewollt sensationeller Art, er habe seit Mitte August — also seit der Verkündung der neuen Eisengewinnungspläne Görings — das Wirtschaftsministerium nicht mehr betreten, er betrachte sich nicht mehr als im Amt befindlich, er gehöre der Reichsregierung nicht mehr an und wolle auch auf dem Posten des Reichsbankpräsidenten nicht mehr lange bleiben. Aber selbst dieser, unter den Verhältnissen des totalitären Staates sicher ungewöhnliche Vorstoß führte noch nicht zum Ziel und Schacht mußte gehorsam warten, bis jetzt die Entscheidung des Führers fiel...

Diese Entscheidung erscheint zunächst als Kompromiß. Schacht hört auf, Wirtschaftsminister zu sein. Als Grund nennt das erwähnte Schreiben Hitlers die Zusammenlegung des »Apparates des Vierjahresplanes« mit dem Wirtschaftsministerium. Als diese Forderung vor einigen Wochen in dem Sprachrohr Görings offen erhoben und mit der Notwendigkeit einer einheitlichen Wirtschaftsführung, der Vereinfachung der Organisation und der Vermeidung von Reibungswiderständen begründet wurde, wurde das Blatt noch beschlagnahmt, um die offenkundige Krise vor der deutschen Öffentlichkeit zu verheimlichen. Jetzt sind die Forderungen Görings erfüllt. Das Wirtschaftsministerium wird eine technisch-administrative Abteilung des Wirtschaftsstabes Görings, sein künftiger Leiter wird der zum Reichs- und preußischen Wirtschaftsminister ernannte Funk, ein früherer, wenig bedeutender, aber sehr strebsamer Handelsjournalist, der nach der Machtergreifung Staatssekretär bei Göbbels wurde; aber bis zu Funks Amtsantritt am 15. Januar leitet Göring selbst die Geschäfte der beiden Wirtschaftsministerien und führt die Umorganisation, die Eingliederung der Ministerien in seinen unaufhaltsam wachsenden Machtbereich durch.

Wir haben diese Entwicklung vorausgesehen. Als im April 1936 Göring zum Devisenkommissar ernannt wurde, erblickten wir darin den Uebergang der Wirtschaftsdiktatur von dem halben Außenseiter Schacht an den durch seinen systematisch ausgebauten Machtbereich wichtigsten Mann der Diktatur. Wir wandten uns gegen die offiziöse Tarnung, gegen das Vorgehen, durch diese Ernennung sei Schacht durch den Schild Görings gegen die Angriffe des »radikalen«, »sozialistischen« Flügels der Nationalsozialisten geschützt, seine Politik gestärkt worden. In Wirklichkeit begann damals die Entmachtung Schachts und der hinter ihm stehenden Wirtschaftskreise; sie war im Grunde vollendet mit der ohne Schachts Wissen erfolgten Proklamation des Vierjahresplanes im Oktober 1936 und der Erweiterung der Wirtschaftsbefugnisse Görings, die von da an die gesamte Führung der Wirtschaft, der Finanzen, des Außenhandels und der Devisenverfügung seiner Macht unterwerfen. Schachts Traum von einer Wirtschaftsdiktatur, die ihm den Weg zur ganzen Macht offenhalten sollte, war ausgeträumt; er wollte gehen, sich von der Mitverantwortung für das Kommende befreien, im Hintergrund auf eine Gelegenheit warten. Es wird ihm nicht gestattet. Warum?

Vielleicht kein Zweiter hat der Diktatur so wichtige Dienste geleistet wie Schacht. Ohne jede Gesinnung und bar jeder Moral, aber von brennendem

Ehrgeiz und unstillbarem Machthunger erfüllt, war Schacht nach dem Krieg einer der Gründer der demokratischen Partei, der auf dem Ausschluß des allzu »nationalistischen« Stresemann bestand. Nicht zufrieden mit dem auch von ihm unterzeichneten Gründungsauftrags erließ er mit anderen einen zweiten, um mit größerer Klarheit und entschiedenerem Nachdruck die Notwendigkeit weitgehender Sozialisierung zu fordern. Mit Hilfe der Sozialdemokraten im Reich und in Preußen, denen er sich als Feind des deutschnationalen Helfferich, als eifervoller Republikaner und glühender Demokrat empfahl, vollzog er den entscheidenden Sprung vom wenig bedeutenden Bankdirektor zum Präsidenten der Reichsbank. Deziert Gegner der Rentenmark, wurde er zum Nutznießer ihres Erfolgs und nahm später die Vaterschaft für sich in Anspruch. Dann erkannte er den Anstieg der nationalistischen Welle. Als überzeugter Anhänger des Privateigentums verließ der Ueberzeugungslose die demokratische Partei, als sie die Stimmenabgabe über die Fürstenenteignung freigab. Aber noch schwankte er, und mit großer Genugtuung begrüßte er die Bildung des Ministeriums Hermann Müller. Gegen das Widerstreben Stresemanns betrieb er die Revision des Dawesplans und drängte zu den Verhandlungen, die zum Abschluß des Youngplans führten, den er in allen entscheidenden Bestimmungen

gebilligt hatte. Aber die nationalistische Welle wuchs, Schacht entschied sich. Mit gewolltem Eklat sprang er vom Youngplan ab und wurde zu einem Führer des Nationalismus. Er war der gegebene Vermittler zwischen Hugenberg, Deutschnationalen und den Nationalsozialisten, einer der Begründer der Harzburger Front. Er ebnete Hitler den Weg zur Schwerindustrie, wurde der Sammler für Hitlers Wahlfonds und schon vor der Machtergreifung sein einflußreicher Wirtschaftsberater. In Hitlers Herrschaft sah er den Weg zu seinem eigenen Anstieg bereitet. Wieder Reichsbankpräsident, übernahm er am 23. Juli 1934 das Wirtschaftsministerium. Die Wirtschaftsdiktatur war endlich in seinen Händen, und war nicht die Wirtschaft auch die Grundlage für die politische Macht?

Mit großer Energie und technischem Geschick hat Schacht die deutsche Wirtschaft der Diktatur, seiner Diktatur, wie er wählte, unterworfen. Das Mittel war ihm die Beherrschung des gesamten Kreditapparats, die Devisenzwangswirtschaft und das Außenhandelsmonopol; und zu diesen Mitteln gesellte sich der Terrorismus des Staatsapparats. Zwar ließ Schacht das Privateigentum und den privaten Unternehmergewinn bestehen, aber das hinderte nicht, daß die Wirtschaft dem Zwang der Diktatur sich fügen mußte, daß sie zum Objekt des Herrschaftsapparats wurde, dessen außenwirtschaftlichen Zwecken sie zu dienen

# Neue Schandurteile

## Die Richter schämen sich

Aus Deutschland wird uns geschrieben: Der I. Senat des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Kiel verhandelte unter dem Vorsitz des Obergerichtsrats Dr. Lang vom 23. bis zum 26. September gegen sechs frühere Sozialdemokraten. Den Angeklagten, vier Frauen und zwei Männern, wurde zur Last gelegt, gemeinsam ausländische Sender abgehört, Nachrichten weiterverbreitet, illegales Material der sozialdemokratischen Parteigelesen und sich so des versuchten Hochverrats schuldig gemacht zu haben. Die Zusammenkünfte seien als Handarbeitsklub getarnt gewesen. Zwei Frauen wurden freigesprochen. Genossin Damm erhielt zwei Jahre Gefängnis, Genossin Nels ein halbes Jahr, die Genossen Paul Liebmann und Paul Trost 1½ Jahre und 9 Monate.

Vor den gleichen Richtern, diesmal als II. Senat, fand vom 5. Oktober bis zum 8. Oktober eine weitere Verhandlung gegen sieben frühere Mitglieder der Arbeiterjugend und der SPD statt. Ihnen wurde die Weiterführung einer verbotenen bzw. die Errichtung einer neuen Partei zur Last gelegt. Die Anklage lautete auch hier auf »versuchten Hochverrat«. Folgende Urteile wurden gefällt:

Hans Schröder	4½ Jahre Zuchthaus
Senegal	4 Jahre Zuchthaus
Zyan	4 Jahre Zuchthaus
Emil Bandholz	3 Jahre Zuchthaus
Ludwig Stahl	8 Monate Gefängnis
Kurt Salau	8 Monate Gefängnis

Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Einem Genossen, der im Gerichtsgebäude anwesend war, fiel es auf, daß auf der aushängenden Sachliste die Namen der Richter am Morgen des Prozesses noch verzeichnet waren, daß sie aber nach dem Verhandlungsbeginn mit einem undurchsichtigen Streifen überklebt wurden. Schämen sich die Richter, die in solchen Prozessen amtieren oder haben sie Angst? Es wird ihnen nichts helfen, ihre Namen zu verdecken. Sie und ihre Auftraggeber haben im Gedächtnis der deutschen Arbeiterschaft einen sicheren Platz.

## Menetekel

### Mussolinis und Hitlers Deserteure.

Der »Popolo d' Italia« hat sich von seinem spanischen Korrespondenten einen Bericht über angebliche Demoralisierung und Disziplinlosigkeit in der »roten Armee« liefern lassen. Die »Köln. Volkszeitung« druckt daraus nach und gibt folgenden Schwatz dazu:

»Dieses Urteil trifft den Nagel auf den Kopf. Die Roten müssen unterliegen, weil bei ihnen die elementarsten moralischen Voraussetzungen zum Siege fehlen, während sie im Heere Francos in der reinsten Ausprägung vorhanden sind.«

Darum auch marschiert Franco seit einem Jahre in Madrid ein, darum auch die fortgesetzten Füladlen in der Francoarmee, die Revolten unzufriedener Offiziere, die blutigen Reibereien zwischen Republikanern, Falangi-

sten und Monarchisten. Wenn sich Hitlers und Mussolinis Journaille durchaus über Disziplinlosigkeit mokieren will, bitte: Mehrere deutsche Flieger gingen in Spanien freiwillig hinter den Linien der »Roten« nieder, so daß Franco Befehl geben mußte, daß künftig die anderen Flugzeuge einer Staffel auf solche Deserteure zu schießen hätten. Und soll man die Geständnisse der italienischen Ueberläufer wiederholen, die berichteten, daß nur die Rücksicht auf die Angehörigen in der italienischen Heimat ganze Truppenteile von der Desertion abhalte?! Doch warum in die Ferne schweifen?

Aus Wien berichtet die Presse, daß zwei Flieger der Staffel Richthofen bei Scharding am Inn über die deutsch-österreichische Grenze gingen, zwei andere entflohen nach Holland. Sie befanden sich in Bayern auf Urlaub, erhielten Marschroute nach Spanien und zogen es vor, darauf zu pfeifen.

Diese Menetekel dürften den heroisch redenden Diktatoren zu denken geben. Trotz aller Furchtbareit ist der spanische Krieg noch kein Weltkrieg, sondern höchstens ein schwächeres Vorspiel. Trotzdem meutert ein beträchtlicher Teil der Abkommandierten dagegen, dort die »Zivilisation« zu retten und hustet auf Führers heldische Tiraden; rasch wurden die Lügen durchschaut. Man denke sich einen von den Diktatoren verschuldeten Krieg! Zweifelt jemand daran, in welchen Ländern die stärkere moralische Kraft sein würde? Auf die Dauer bestimmt nicht in den Ländern der Despoten.



# Europäische Gesamtlösung?

## Die Wiederholung eines gefährlichen Experiments

hatte. Aggressiver Nationalist und Expansionist wie nur einer, betrieb Schacht die Wiederaufrüstung und stellte rücksichtslos und bedenkenlos die Reichsbank und die Kreditorganisation in den Dienst der inflationistischen Finanzierung, durch die Zwangswirtschaft die offenbaren Folgen einer Inflation zunächst hinausschiebend und hemmend. Die Hoffnung blieb, daß das wiedererstarke Deutschland in Verhandlungen die politischen Konzessionen ertrug und wirtschaftlich die Kredite erlangen werde, die noch rechtzeitig die Inflation liquidieren erlauben sollten.

Nicht minder groß waren die Dienste, die Schacht nach außen hin dem Regime erwies. Kaum einem anderen als Schacht, der als Reichsbankpräsident, als angeblicher Wiederhersteller der deutschen Währung, als Gegner unsolider Schuldenaufnahme, als Verfechter trotz allen liberal-kapitalistischen Prinzipien, in der internationalen Bankwelt ein ungerechtfertigtes, aber geschickt geschaffenes und sorgsam gepflegtes Ansehen genoß, an dem kritischen Gouverneur der Bank von England einen einflußreichen Helfer und in der City und Wallstreet manigfache Freunde hatte — keinem anderen wäre die Expropriation der ausländischen Gläubiger, die Durchsetzung des Außenhandelsmonopols und Devisenzwangswirtschaft, die für das gesamte Ausland schwerste ökonomische Beeinträchtigung bedeuten, so leicht gelungen. Dank seiner engen Verbindung mit dem von den Nationalisten so verabscheuten internationalen Finanzkapital wurde die paradoxe Tatsache zur Wirklichkeit, daß das »feindliche« und neutrale Ausland einen erheblichen Teil der Kosten für die deutsche Wiederaufrüstung und die Durchführung der Autarkie getragen hat.

Aber die noch so erfolgreiche, geschickte und nützliche Wirtschaftsdiktatur eines Außenseiters, noch dazu eines nicht ganz ungefährlichen, ist mit den Herrschaftsprinzipien der totalen Diktatur auf die Dauer unvereinbar. Ihr Ziel bleibt es, die hohen Bürokraten und die Minister, die sie zunächst wegen ihrer Routine und Sachkenntnis nicht entbehren und durch Pö's nicht ersetzen kann, zu Technikern, zu bloßen Beratern und Hilfsarbeitern herabzudrücken, wie sie es zum Beispiel bei Neurath und der ganzen Wilhelmstraße gemacht hat. Dasselbe geschah mit dem viel wichtigeren, unentbehrlicheren, zugleich auch einflußreicheren Schacht, dem einzigen, außerhalb des eigentlichen Kreises der Diktatoren mit einem noch unabhängigen Machtbereich. Deshalb setzte sich Göring selbst in Bewegung, deshalb wurde der Prozeß nur allmählich und gar nicht mit der sonst gewohnten »Schlagartigkeit« vollzogen. Aber jetzt ist es erreicht.

Der Sinn des Vorganges ist der: Schacht, der frühere Wirtschaftsdiktator, der als solcher noch in gewissem Grade eine selbständige politische Potenz war, ist endgültig entpolitisiert worden. Er hat der Diktatur das für sie brauchbare, ihren machtpolitischen Zwecken entsprechende wirtschaftliche System geschaffen. Das System ist errichtet, sein Urheber nicht mehr unentbehrlich, es kann auch von anderen weitergeführt werden. Schacht hat für die Diktatur so viel getan, daß ihm zu tun wenig übrig bleibt. Aber auch auf das Wenige will die Diktatur nicht verzichten. Schacht soll weiterdienen, aber entmachteter, zum bloßen Techniker und Hilfsarbeiter degradiert wie die Neurath, Schwerin-Krosigk, Seldte und alle übrigen. Denn im heutigen deutschen Wirtschaftssystem hat ein Reichsbankpräsident trotz des stolzen Titels ohne Verfügung über die Devisenwirtschaft und das Handelsmonopol in Wirklichkeit nicht mehr die geringste Macht und Selbständigkeit. Er wird zu einem ausführenden Organ. Die wirkliche Macht ist bei Göring konzentriert.

Für Deutschland selbst wird damit eine Entwicklungsphase abgeschlossen, die mit der Einsetzung Görings als Devisenkommissar begann. Es ist die Sanktionierung des bereits geschaffenen Zustandes, des absoluten Primats

Die englisch-französischen Besprechungen in London eröffnen eine neue Periode diplomatischer Besprechungen, in denen das europäische Gesamtproblem geprüft werden soll. In jenen Ländern Europas, in denen noch demokratische Zustände vorherrschen, wird gegenüber dem Ergebnis der Londoner Besprechungen offizieller Optimismus zur Schau getragen. Die Tatsachen rechtfertigen diesen offiziellen Optimismus keineswegs. Er mag einem erzkonservativen englischen Politiker wohl anstehen, dem die Macht Englands über alles geht — vom Standpunkt der europäischen Demokratie aus gesehen aber liegt zu seinem Optimismus wenig Anlaß vor. Die Londoner Besprechungen lassen vielmehr erkennen, welche wichtigen Etappen Hitlerdeutschland und Italien bereits zurückgelegt haben bei der Durchführung ihres Planes, das Gesicht Europas nach dem faschistischen Modell zu verändern.

England und Frankreich sind in die Methoden der Geheimdiplomatie der Vorkriegszeit eingelenkt. Die amtliche Mitteilung über das Ergebnis der Londoner Besprechungen läßt noch weniger klare Linien erkennen als seinerzeit das Verhandlungsprogramm nach der Rheinlandbesetzung. Die erste Folge dieser amtlichen Mitteilung sind weitere offiziöse Erklärungen, daß man die Mitteilung nicht falsch auslegen dürfe. Welches ist also die richtige Auslegung, und warum ist sie nicht sofort und öffentlich gegeben worden? Man erfährt aus der englischen Unterhausdebatte, daß Hitler Lord Halifax gegenüber Forderungen gestellt hat. Die Kolonialforderung ist bekannt, ebenso, daß Hitlerdeutschland die Hegemonie zumindestens in Mittel- und Osteuropa fordert. Aber welche konkreten Einzel- und Anfangsforderungen sind gestellt worden? Darüber herrscht vollkommenes Schweigen, und dieses Schweigen ist Grund zu tiefster Unruhe.

In der Sache wird nach wie vor von der Aufrechterhaltung des Prinzips der kollektiven Sicherheit gesprochen. Dies Prinzip hat in den vergangenen Jahren einen eindeutigen Inhalt gehabt. Es war verbunden mit dem Prinzip der Aufrechterhaltung des Status quo in Europa, es schloß in sich den Entschluß, keine Lösung der Fragen der Entwicklung Europas durch Gewalt oder unter dem

der Wehrwirtschaft, der Aufrüstung, der Kriegsvorbereitung und der möglichst weitgehenden Autarkie. Mit Schacht sind zugleich alle Widerstände gegen den hemmungslosen Fortgang der Wehrwirtschaft und ihrer Finanzierung ausgeschaltet, alle politischen Bedenken gegen diese Führung der Außenpolitik beseitigt. Es ist dabei bezeichnend, welche Rolle im Stab Görings die Offiziere spielen. Ludendorffs Ideal des totalen Feldherrn beginnt sich in Deutschland schon im Frieden auszuwirken, die Führung der Wirtschaft wird immer mehr von der Armee übernommen. Mit Schacht werden die letzten »zivilistischen« Erwägungen zugunsten der militärischen zurückgedrängt. Damit vollendet sich zugleich die Integrierung zwischen der Diktatur und der Armeeführung, ihre immer mehr fortschreitende Vereinheitlichung. Die Stütze, die Schacht ursprünglich in der Reichswehr hatte, wurde in dem Augenblick morsch, als die Generale wahrnahmen, daß sie von Göring eine ungleich rücksichtslosere Durchsetzung ihrer Bedürfnisse erwarten konnten als selbst von Schacht.

Etwas anders ist die Wirkung im Ausland, wo Schacht noch mit Recht oder Unrecht als Vertreter einer gemäßigten Politik gegolten hatte. Das Ausland wird jetzt um eine Illusion ärmer und mag endlich begreifen, daß es neben der Diktatur keinen selbständigen politischen Einfluß innerhalb ihres Umkreises geben kann. Aber eben um diese Illusion doch noch einigermaßen aufrechtzuerhalten, muß Schacht bleiben, darf dem Hund der Schwanz nur stückweise gestutzt werden, darf Schacht die Reichsbankpräsidentenschaft nicht aufgeben.

Schacht war viel stärker als Hugenberg, aber er erleidet ein für diesen ehr-

Druck aggressiv-militärischer Macht zuzulassen. Das Wort ist heute noch vorhanden, aber was ist heute der Inhalt des Begriffes? Die Machtkonstellation ist verändert, die Fronten haben sich verschoben, und die Front der wirklichen kollektiven Sicherheit ist erheblich geschwächt — auch von innen heraus. Die machtpolitischen Anschauungen der englischen Konservativen haben sich in den Vordergrund geschoben, und in der Sache ist das Prinzip des europäischen Gleichgewichts an die Stelle des Prinzips der kollektiven Sicherheit getreten. Das ist es, was Hitlerdeutschland wollte.

Die englische und die französische Regierung erklären, daß sie nach einer europäischen Gesamtlösung streben. Seit den Versuchen mit dem Ostpakt, dem Mittelmeerpakt, dem Luftpakt im Westen, dem neuen Westpakt und der Zerreißung des Locarnopaktes ist es klar geworden, daß Hitlerdeutschland auf eine europäische Gesamtlösung nur eingehen wird, wenn es dafür weitgehende machtpolitische Zugeständnisse erhält — und das Ausmaß dieser Zugeständnisse müßte heute größer sein denn zuvor. Wer soll die Zeche bezahlen? Darüber herrscht Schweigen.

Es war die Absicht Hitlerdeutschlands, in diplomatischen Einzelverhandlungen die Front der kollektiven Sicherheit zu sprengen, Sowjetrußland von England und Frankreich zu isolieren. Das war der Streitpunkt nach der Rheinlandbesetzung, und wieder bei den Fragen der Seekontrolle im Mittelmeer. Die Methode, die jetzt von Frankreich und England eingeschlagen wird, kommt dieser Absicht weit entgegen. Aus den Erklärungen des englischen Ministerpräsidenten im Unterhaus geht klar hervor, daß die Verhandlungen zunächst auf die Mächte des berüchtigten Viererpaktes beschränkt sein werden. Die Achse London—Paris wird im geheimen mit der Achse Berlin—Rom verhandelt. Wem fällt es nicht auf, daß weder im Communiqué noch in den Erläuterungen dazu das Wort Sowjetrußland nicht vorkommt? Was ist der französisch-russische Pakt heute in Wahrheit noch wert?

Was schwebt den Regierungen in London und Paris heute als Inhalt einer europäischen Gesamtlösung vor? Die Sache der spanischen Republik ist

ganz offenkundig verraten. Das bedeutet aber, daß England und Frankreich die durch den spanischen Krieg geschaffenen deutschen und italienischen Positionen in Südwesteuropa und im Mittelmeer zunächst stillschweigend hinnehmen. Sollen diese mit eklatantem Rechtsbruch und offener Gewalt eroberten Positionen zu Elementen einer künftigen europäischen Gesamtlösung werden? Man hört wieder, daß England und Frankreich auf eine europäische Konvention über die Rüstungen hinarbeiten wollen. Welche Machtverteilung soll einer solchen Konvention zu Grunde gelegt werden, welche Machtpositionen werden sich die faschistischen Mächte im Laufe der Verhandlungen über eine solche Konvention noch schaffen dürfen? Ganz abgesehen von der Frage, was eine Rüstungskonvention zwischen faschistischen Mächten und parlamentarisch regierten Ländern überhaupt wert ist. Anerkennung der gewalttätigen Verschiebung der Machtverhältnisse der faschistischen Mächte durch koloniale und wirtschaftliche Zugeständnisse und dann Rüstungskonvention — wie reimt sich das zusammen?

Was die Fragen Mitteleuropas anbetrifft, so ist eine Reise des französischen Ministerpräsidenten Delbos zu den Bundesgenossen Frankreichs in Mitteleuropa angekündigt. Schon einmal hat ein französischer Außenminister diese Reise unternommen, um die Verhältnisse in Mitteleuropa gegen imperialistischen Expansionswillen zu verteidigen. Abr als Barthou seine Reise unternahm, stand Frankreich noch auf der Höhe der Macht und vertrat eine selbständige Politik. Heute ordnet Frankreich seine Politik der Führung durch die englischen Konservativen unter, und das Gewicht der englisch-konservativen Anschauungen über die mitteleuropäischen Fragen ist heute größer als das Gewicht der französischen Interessen.

Unter englischer Führung wird ein gefährliches Experiment unternommen: das Experiment, den faschistischen Mächten ihren unbändigen eingeborenen Macht- und Herrschaftswillen über Europa und die Welt durch Zureden und Konzessionen abzukaufen. Mit diesem Experiment sind bisher böse Erfahrungen gemacht worden. Wie oft und wie lange soll es noch wiederholt werden — und auf wessen Kosten?

geizigen und machthungrigen Mann noch ärgeres Geschick. Einflußlos, ohnmächtig muß er »im Boot, in dem sie alle sitzen« bleiben als Aushängeschild für eine Politik, deren Folgen er fürchtet, und für die er doch die Verantwortung weiter trägt, von dem Wagen der Diktatur, aus dem er gestoßen wurde, nun mit vergoldeter Kette hinterhergezogen.

### Eine Holländerin in deutscher Gefangenschaft

Neue Schandtat von Gestapospionen.

Hundert Meter von der deutschen Grenze in dem Limburgischen Bergarbeiterdorf Waubach liegt das unansehnliche Buchläden von dem früheren Bergmann Benedik.

Die Leihbücherei besteht neben billigen Romanen in solcher Lektüre, die in Deutschland verboten ist und deshalb bei den in Waubach wohnenden Deutschen großen Anklang findet.

Ist das der Gertrud Benedik zum Verhängnis geworden?

Diese kränkelige Frau ging im 9. Oktober d. J. nach Düsseldorf, um sich durch einen Nieren spezialisten untersuchen zu lassen. Sie ist von dieser Reise nicht zurückgekehrt und sitzt seit dieser Zeit im Gefängnis, verdächtig von »staatsgefährlichen« Beziehungen zu deutschen Kommunisten. Diese Frau ist an Politik vollkommen uninteressiert, sie weiß nicht einmal, was ein Kommunist im genauesten Sinne eigentlich ist. Ihr Mann befaßt sich sehr wenig mit Politik. Als er noch Bergmann war, war er Mitglied beim Modernen Bund. Das ist seine einzige »politische« Verbindung gewesen.

Benedik hat kein anderes Ziel als sein Brot mit seinem Leihbuchladen zu verdienen. Er fährt jeden Tag zu seinen Kunden, um sein »Dubbeltje« (10 holl. Cent) pro Woche für jedes ausgeliehene Buch zu empfangen. Andere Sorgen kannte er nicht.

Bereits mehr als einen Monat befindet sich

seine Frau im deutschen Gefängnis. Zwei kleine Kinder vermissen ihre Mutter. Niemand weiß, für wie lange. Familienmitglieder helfen in der Haushaltung und im Laden. Sie alle leben in großer Ungewißheit und Besorgnis um Gertrud Benedik.

Der einzige Brief, den sie aus Düsseldorf schrieb, befaßte sich nur mit Nebensächlichkeiten. Die Zensur wacht darüber, daß sie nichts Bedeutsames schreibt.

Eine holländische Frau sitzt vollkommen unschuldig in einem deutschen Gefängnis. Sie ist das Opfer von Gestapospionen, die auf unserem Gebiet ihre schmutzige Arbeit tun! (»Het Volk«, 17. November.)

### Das Gaunerrecht

Unter den vielen Wort- und Sinnverdrehungen, deren sich das Dritte Reich zu seiner Rechtfertigung bedient, fällt die eine in letzter Zeit besonders auf. Hunderte von Rednern bemühen sich neuerdings, dem Volke klar zu machen, Gesetz und Recht seien entgegengesetzte Begriffe, eines schliesse das andere aus, und ein ganzer Mann müsse sich entscheiden, ob er sich »an das Gesetz klammere« oder dem freien Recht, das »im deutschen Blute lebe«, zum Sieg verhelfen wolle. Ein klassisches Beispiel dieses seltsamen Begriffswandels wurde soeben auf der Tagung der Gauamtsleiter und Kreisleiter in der Ordenburg Hofen geliefert. Dort sagte der »Reichsleiter des Hauptamtes für Kommunalpolitik«, Fiehler, laut Bericht:

»Auch die Verwaltung müsse da selbstverständlich nationalsozialistisch sein. Rechtmäßigkeit, nicht Gesetzmäßigkeit, sei maßgebendes Verwaltungsprinzip.«

Worte solcher Art sollen ein Freibrief sein, ein Freibrief für alle Rechtsbrüche in Vergangenheit und Zukunft. Wenn eines Tages Recht wieder Gesetz und Gesetz wieder Recht ist, wird sich herausstellen, wieviel deutsches Volkvermögen im Namen nationalsozialistischer »Rechtmäßigkeit« vertan, verschoben, verprät und veruntreut worden ist.



## Staatenkonferenz für deutsche Flüchtlinge

Die Völkerbundversammlung hat im Jahre 1936 den Hochkommissar für deutsche Flüchtlinge beauftragt, eine Staatenkonferenz einzuberufen. Sie soll ein endgültiges Statut über die juristischen und sozialen Verhältnisse der deutschen Flüchtlinge schaffen. Diese Konferenz, die ursprünglich für das Jahr 1937 geplant war, wird jetzt im Februar 1938 in Genf stattfinden.

Der Vorbereitung dieser Staatenkonferenz dient eine Sitzung des Beirats des Flüchtlingsamtes, die am 13. Dezember in Amsterdam oder London stattfinden wird. Der Beirat hat in einer früheren Sitzung eine Studienkommission eingesetzt, die Abänderungsvorschläge zu dem Entwurf des Hochkommissars über das Flüchtlingsstatut, das der Staatenkonferenz vorgelegt wird, beschlossenen hat. Sie enthalten einige sehr wertvolle Verbesserungsvorschläge:

1. Als Flüchtlinge aus Deutschland sollen auch Staatenlose anerkannt werden, die früher in Deutschland gelebt haben. Die Anerkennung als Flüchtling soll erfolgen, wenn für seinen Aufenthalt in Deutschland nicht die genügenden Sicherheitsgarantien bestehen.
2. Die Staaten sollen ermächtigt werden, den Flüchtlingen auch den diplomatischen Schutz zuteil werden zu lassen.
3. Die Ausweisung darf nur in solchen Fällen erfolgen, wenn ein endgültiges Urteil wegen schwerwiegender Vergehen oder Verbrechen vorliegt. Ausweisungen nach Deutschland sind überhaupt untersagt.
4. Die deutschen Rassengesetze sollen keine Anwendung finden.
5. Den Flüchtlingen soll Arbeitserlaubnis erteilt werden.
6. Die Flüchtlinge sollen auch sozialen Schutz bei Arbeitsunfällen genießen.
7. Die Rechte und Pflichten aus der Sozialversicherung und der Arbeitslosenfürsorge sollen auch den Flüchtlingen gewährt werden.
8. Für die Durchführung des Flüchtlingsstatuts soll in jedem Lande eine Verwaltungskommission geschaffen werden, an der eine Vertretung der Flüchtlinge mitwirkt.

Der Hochkommissar hat zugesagt, einige von diesen Vorschlägen in seinen Entwurf für die Staatenkonferenz aufzunehmen.

## Der Verteidiger

Die große Strafkammer des Landgerichtes Elbing (Ostpreußen) fällt gegen den 66 Jahre alten jüdischen Schuhmacher Abraham aus Stuhm ein Rassenschiedsurteil. Er hatte einer Frau auf der Straße die Worte zugeflüstert: »Brauchen Sie Schuhe für sich oder Ihre Kinderchen, ich kann Ihnen welche geben.« Die Frau zeigte ihn an, und beim Zeugenverhör kam es heraus, daß zwei arische Frauen den Angeklagten nach Erlaß der Nürnberger Gesetze mehrfach in seiner Wohnung besucht hatten. Der Verteidiger sagte laut Bericht der »Preussischen Zeitung« Nr. 314 in seinem Plädoyer:

»Der Heymann Abraham war Witwer. Sein Sinnantrieb war ungezügelt. Jüdinnen standen ihm nicht zur Verfügung in Stuhm, also verließ er auf arische Frauen. Nach Erlaß der Nürnberger Gesetze blieb er ein Lüstling wie früher. Er ging im alten Trott weiter. Abraham wurde zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

## Klassenkampf in der DAF

Wie oft mal DAF-Zwangsbeitrag für den deutschen Arbeiter?

Herr Doktor Robert Ley hat sich, offenbar weil die Selbstbereicherung seiner Unterorgane in der »Arbeitsfront« allzu groß wurde und einige Amtswalter sich gedacht haben, daß das Rittergut, was dem Ley billig ist, dem Pg. Paschulke gerade recht ist, veranlaßt gesehen, folgende Bekanntmachung zu erlassen:

»Ein (!!!) besonderer Fall gibt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß nur die Reichssachverwaltung (Schatzamt) der DAF als alleinige Dienststelle befugt ist, Aufträge zum Druck von Beitragsmarken zu erteilen. Des weiteren wird es sämtlichen Dienststellen der DAF untersagt, außer den offiziellen Beitragsmarken noch zusätzliche Beitragsmarken herauszugeben. Diejenigen Firmen, die derartige Aufträge von irgendwelchen Dienststellen der DAF annehmen, laufen Gefahr, daß diese Aufträge annulliert und daß sie auch noch schadenersatzpflichtig gemacht werden.«

Das klingt wie ein förmlicher Krieg zwischen Herrn Ley und seinen »irgendwelchen Dienststellen«. In dem einen (ersten) Falle hatte also so ein DAF-Banze im Lande die »echten« Marken in eigener Regie herstellen

# »Gauleitung Kanarische Inseln«

Hitlers große Flottenbasis in spe — Vollständiges Repertoire des braunen Parteibetriebes

Westlich von Nordafrika, im Atlantik, liegen die Kanarischen Inseln, von denen die sieben größten, angefangen mit Teneriffa, relativ dicht besiedelt und wegen ihres sehr milden Klimas außerordentlich fruchtbar sind. Seit dem fünfzehnten Jahrhundert gehören sie zu Spanien, mit diesem nicht in der Form des Kolonialrechtes, sondern als eine der Landesprovinzen, nicht anders wie Andalusien oder Kastilien, verbunden. Ein Blick auf die Karte genügt, um festzustellen, welche Bedeutung sie als flottenstrategischen Ausgangspunkt für eine Großmacht zur See haben müßten, die im Kriegsfall den englischen Handel nach Afrika und Südamerika oder auch nur die Schifffahrt durch die Meerenge von Gibraltar, an deren westlicher Ausgangsseite sie wie sichere Ausfallstationen von der Natur selbst angelegt zu sein scheinen, zu zerstören gewillt wäre. Diese Bedeutung unterstreicht der vulkanisch-gebirgige Charakter der Eilande, der »bombensichere« U-Boot- und Zerstörerschleppwinkel in Hülle und Fülle gewährt.

Praktisch sind diese Inseln bereits von Hitler okkupiert! Die Kette von »Kraft-durch-Freude«-Juchfahrten dorthin riß in einigen drei Jahren der Hitlerei nicht ab; unter dem Deckmantel des von oben befohlenen Amüsements handelte es sich um eine »penetration pacifique« der braunen Conquistadoren, die an die Früh-It kolonialer Abenteuer-Historie — nur angepaßt an die modernen Formen solcher »Kreuzzüge« — erinnert. Sogar die konservativen Engländer merken es, daß der Generalfeldmarschall von Blomberg ausgerechnet seinen Sommerurlaub auf diesen Inseln in diesem Jahr verbrachte! Der Franco-Aufstand ermöglichte es, die schon praktisch vollzogene deutsche Annektion dreister und wirksamer zu machen, da die Kanarischen Inseln eine wesentliche Rolle im Juli-Aufstand des spanischen Militärs spielten, wobei gerade hier die Göbbels-Mark eine noch größere Rolle gespielt haben dürfte, als etwa in Burgos oder Salamanca.

Nunmehr veröffentlicht das aus bekannten politischen Gründen dem gegenwärtigen spanischen Kabinett Prietron-Negrin nahe stehende Organ der Sozialistischen Partei Spaniens, unser Bruderblatt »El Socialista« in Madrid Einzemeilen über den heutigen Status dieser deutschen »Eroberung«, die beweisen, daß Hitler den Kanarischen Inseln für seine eigene Kriegssache mindestens dieselbe Bedeutung zumißt, wie sie Mussolini »seinem« Mallorca im Mittelmeer anweist. Wenn man die Berichterstattung von »El Socialista« über den Befund auf sich als Deutscher wirken läßt, fährt man sich unwillkürlich über die Stirn: Mensch, das hast Du ja so schon einmal alles erlebt, in 1933, in 1934 oder wann immer; und wenn jetzt statt Teneriffa hier zu lesen wäre Halle oder Dortmund und statt Kanarische Inseln Bayrischer Wald oder Oberlausitz — weiß es Gott, Du wärest eigentlich ganz und gar zu Hause...! Bis auf Eintopf und Rhizinus —!

Hier die wesentlichsten Stellen aus der Schilderung des spanischen Regierungsblattes in möglichst getreuer deutscher Uebersetzung:

Alles meckert...

»Die Mehrheit des Volkes auf den Kanarischen Inseln steht heute in Opposition zur faschistischen Bewegung. Der Rest hat, wie das kürzlich ein prominenter Mann der Rechten ausdrückte, »die Nase voll von den Faschisten«. ... Nur der Terror hält die Leute nach außen hin in der Unterwürfigkeit.

Die Arbeiter-Schicht verlor ihre besten Leute; einige wurden ermordet, die anderen eingekerkert, wieder andere sind an den Fronten. »Niemand haben wir so viel Hunger und solche Entbehrung gekannt, wie heute« — sagen die Alten, wenn sie sicher sind, daß sie kein Spitzel hört.

lassen; um so klarer wird dann selbstverständlich nachher seine Abrechnung nach Berlin, nicht wahr?! In den anderen Fällen haben die Herren es sich mit ihren Lokalzuschlägen zur Sklavensteuer durch das Ausknobeln von Extramarken bequemer gemacht...

Die Mittelschichten, rechts- und linksgerichtete, haben eine wahre Wegelagerung zugunsten und in die Taschen der Faschisten über sich ergehen lassen müssen. Ihre Automobile wurden für den Dienstbetrieb der »Führer« mit Beschlag belegt oder um sie an der Front zu verwenden. Die Häuser der Privatpersonen wurden als Hauptquartiere der »Falange« requiriert oder als Nonnenklöster. Man hat ihnen die Taschen geleert — und tut das noch — mit dem Eintopfgericht, mit der vaterländischen Lotterie, mit Abgaben — Abgaben für die »Kämpfer« und Abgaben für die »Opfer der Bewegung« und mit Zwangszeichnungen, die es in unendlicher Reihenfolge gibt.

Diejenigen von ihnen, die im Anfang den Aufstand unterstützten und Geld in Masse dazu beisteuerten, weil sie glaubten, daß sie es bald mit hohem Zins wieder zurückvergütet erhielten, weil ihnen die Militärs das Volk zur vermehrten Ausbeutung zur Verfügung stellen würden, bereuen es heute schwer, sind verängstigt und am Rande des Ruins. Darüber hinaus beobachten sie die Mächtigkeiten der Deutschen auf den Inseln und zweifeln darum an den erhofften Wohltaten, die ihnen der Sieg Franco verschaffen sollte. Heute sagen sie es im Geheimen, daß sie außerordentlich zufrieden wären, wenn sie zu den Tagen vor dem 18. Juli (dem Termin des spanischen Militäraufstandes) zurückkehren könnten...«

Die deutsche Kolonie Kanarische Inseln! Die großen Bananenfarmer, die von riesigen Subventionen und fabelhaften Geschäften träumten — protegiert vom Militär gegen ihre Arbeiter, die bis zu sechs Peseten für das Tagewerk unverschämt zu verlangen wagten — sehen heute mit erheblicher Enttäuschung, daß alle Vorteile die Deutschen einheimen, die sich die Fruchterzeugnisse gegen sehr zweifelhaftes Papiergeld einfach nehmen — »Pancho-Villa-Scheine«, wie das Volk das neue Papiergeld des »Führers« nennt.

Alle haben sie ihre private Ruhe verloren, alle kennen sie kein Recht auf freie Meinung mehr. Nicht einmal die Zeitung getraut man sich zu kommentieren. Die Kommandantur »macht« die Zeitung und niemand darf irgendwie in Zweifel ziehen, was sie jeweilig behauptet. Das Volk fühlt, wie es ständig unter Kontrolle steht, weil die Faschisten die schwere Menge von Spitzeln und Spionen unterhalten: Nonnen, Betschwestern, geheime Mitglieder der »Falange« gibt es in allen Winkeln; und auch nur die leiseste Äußerung von Mißvergnügen kann einen ins Gefängnis bringen. Und wie man schon sagt: »Hinein kommst du leicht, aber heraus kommt so leicht keiner.«

Den Tag verbringt man also, indem man für den Triumph des »Führers« zu beten hat, indem man den Alphons-Marsch oder fremde Kriegelieder singt und sich militärischen Drill gefallen lassen muß. Manche verfallen auf den Ausweg, sich in der Uniform des Roten Kreuzes zu salivieren.

Sowohl in den Schulen wie überall sonst in ihrer Propaganda hat bei den Faschisten nur der Kult der drei »Gottheiten« Platz: Franco, Hitler und Mussolini. Sie sind es, die für das Christentum und die Zivilisation allein kämpfen. Die Tageszeitungen proklamieren den General-Verräter Franco täglich zum Spezial-Abgesandten Gottes für diese schöne Welt.

Hitlers Geburtstag wird gefeiert.

»Die kleinen Führer«, die es jetzt auf den Kanarischen Inseln ganz nach deutschem Muster gibt, unterrichten ihre Vasallen darin, alle möglichen öffentlichen Veranstaltungen aufzuziehen, damit das Volk die Möglichkeit habe, seinen Jubel auch dann zu bekunden. Alle gloriosen Zeitdaten müssen dafür herhalten. Der Geburtstag Adolf Hitlers, der Tag des »Ersten Jahres des Triumphes« haben bei solcher festlichen Zwangsveranstaltung alle vereint.

Als der »Generalissimus« sein Dekret über die Vereinigung aller seiner Wehrverbände erlassen hatte, wurde extra ein besonderer Tag ausgesucht, damit das Volk seine jubelnde Zustimmung zu einer solchen weisen Verfügung könnte ausdrücken. In Teneriffa und Las Palmas

kündigte schlimmste Vergeltungsmaßnahmen an und drohte bei denen, deren Angehörige im Gefängnis oder an der Front sind, mit Repressalien allen diesen gegenüber, wenn man an diesem Tage nicht seine Fenster geschmückt hatte oder nicht auf die Straße gegangen war, um seinen Jubel zu bekunden. Das alles geschah in genau derselben Weise auch, als der Geburtstag Adolf Hitlers geing die »Falange« von Haus zu Haus, feiert werden mußte.

Was sie freilich mit diesen Zwangsangeleitungen zur Begeisterung erzielen, ist nur, daß das Volk sich noch mehr von dieser importierten Diktatur abgestoßen fühlt und daß es jeden Tag mehr wünscht, das Joch abschütteln zu können und die Deutschen bis auf den letzten Mann wieder loszuwerden.«

Eintopfsonntag — garantiert echt!

»Die Sammlung beim Eintopfgericht

(»el cobro del plato unico«), mit deren Organisierung die weiblichen Mitglieder der »Falange« betraut sind, stellt eine wahre Landplage dar, vor allem für die ärmeren Klassen, die sich ja außerdem noch in größter Notlage befinden, buchstäblich Hunger leiden und dennoch wöchentlich das bezahlen müssen, was die »Falange« als Ersparnis am Eintopfsonntag bezeichnet. Da ergeben sich Fälle von offenkundigster Barbarei. Am Tage dieser Sammlung stellen sich die Falangisten in den Häusern ein. Die Familien, die es noch haben, bezahlen, auch wenn ihnen immer größere Beträge abverlangt werden. Wenn sie nicht zahlen, setzt es dicke Strafen. Aber die armen Familien können ja nicht zahlen...

Gewöhnlich verlangen die Falangisten von den armen Familien bei dieser Gelegenheit fünf Peseten. Die Frauen, die dann nur gar freundlich tun möchten, damit jene sich nicht an ihren Männern vergreifen, erleiden, aber sie wagen auch nicht zu protestieren.

Dann gibt es also zunächst einmal eine Menge von Entschuldigungen und Beshwörungen, nur um auszudrücken, daß sie ja eben gar kein Geld haben.

»Nanu! Also Sie wollen, daß wir das im Büro der »Falange« mitteln?« Das ist dann die Antwort der Sammlerinnen.

Nur die Erwähnung des Begriffs »Büro der Falange« erzeugt schon eine förmliche Panik.

Die Frauen entschuldigen sich also wieder, fangen an zu heulen. Die Sammlerinnen, aufgeblasen, stellen sich kaltlächelnd taub. Schließlich erklären sie, sich mit einer Pesete bescheiden zu wollen — »für dieses Mal!« Aber auch diese eine Pesete ist ja nicht da. Der Mann, der zu Hause sitzt, ist ja schon seit Wochen arbeitslos. Und wenn er schließlich auch wirklich wieder Arbeit fände — der Lohn ist heute so miserabel, daß er damit so gut wie nichts anfangen könnte.

Aber die Sammlerinnen lassen nicht locker. Man habe schon Geld. Was man nicht habe, sei eben Patriotismus. Eine Pesete müsse irgendwie herausgerückt werden...

In vielen Fällen rennen dann die unglücklichen Weiber zu ihren Freundschaften, um dort ein paar Pfennige zusammenzukratzen, die die Falangistinnen einstecken. In der Mehrzahl der Fälle bringt das Ganze aber doch nichts ein und dann werden die Frauen — oder die Männer, die arbeitslos zu Hause hocken — ins Falangistenquartier abgeholt. Dort hält man sie zwei oder drei oder auch mehr Tage fest. Schließlich gibt man ihnen dort eine Wucht Prügel und Schläge und — nach der Mißhandlung — bekommen sie auch noch eine Portion Rhizinus als Purgativ verabreicht, damit sie für die Zukunft wissen sollen, was die Stunde geschlagen hat und sich entsprechend benehmen.«

Ach — wie so ganz vertraute neudeutsche Heimatklänge! Nur, daß sie von dort kommen, wo die Bananen und weniger die Buecheckern wachsen. »El Socialista« gab dieser seiner Schilderung ausdrücklich die Ueberschrift: »El hambre y el terror reinan en Canarias, hoy colonia alemana« oder auf deutsch: »Der Hunger und der Terror regiert auf den Kanarischen Inseln, die heute eine deutsche Kolonie sind...«

F. E. Roth.



# Sind die Juden kriminell veranlagt?

Das Statistische Reichsamt untersucht

In einer Untersuchung über »Die Kriminalität im Jahre 1936« kommt »Wirtschaft und Statistik« (2. September-Heft), die Zeitschrift des Statistischen Reichsamtes, zu Ergebnissen, durch die die Behauptung, die Juden seien besonders verbrecherisch veranlagt, keineswegs gestützt wird. Die Zahlen, die das Statistische Reichsamt über den Anteil der Juden an den gerichtlichen Verurteilungen ermittelt hat, sind alles andere als stillerregend. In den Zahlen sind nicht enthalten die Strafen wegen politischer Vergehen, »die Aburteilungen wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze, die zur Zuständigkeit des Volksgerichtshofes gehören«. Ueber den Anteil der Juden an den nichtpolitischen Straftaten äußert sich das Statistische Reichsamt wie folgt:

»Die Zahl der wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze verurteilten Glaubensjuden, die vom Jahre 1936 ab von der Kriminalstatistik wieder festgestellt werden, bezieht sich im Berichtsjahr auf insgesamt 4104 oder 1,1 v. H. der Gesamtheit der Verurteilten, während der Anteil der strafmündigen Glaubensjuden an der strafmündigen Zivilbevölkerung insgesamt zur Zeit nur 0,6 bis 0,7 v. H. beträgt. Es handelt sich bei diesen Angaben über die jüdische Kriminalität nur um Mindestzahlen, da die außerhalb der jüdischen Glaubensgemeinschaft stehenden Rassejuden in der Kriminalstatistik aus technischen Gründen zur Zeit noch nicht als solche erfaßt werden können.«

Würden nicht nur die Glaubensjuden, sondern alle »Rassejuden« erfaßt, so würde zwar die Zahl der jüdischen »Verbrecher« steigen, aber zugleich auch der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung. An dem Prozentverhältnis würde also kaum etwas geändert. Daß man seit vorigem Jahre die gerichtlich bestraften Juden statistisch erfaßt, dient natürlich nicht der reinen wissenschaftlichen Erkenntnis. Es soll vielmehr der zahlenmäßige Beweis dafür erbracht werden, daß die Juden verbrecherischer veranlagt sind als der »arische« Teil der Bevölkerung, und die obigen Zahlen sollen den Anschein erwecken, als sei der Nachweis erbracht, daß der Anteil der Juden an den Straftaten ihren Anteil an der Bevölkerungsziffer übersteigt. Zwar ist dieses Plus nicht besonders groß, aber immerhin groß genug, daß das Reichsstatistische Amt damit den gewünschten Eindruck zu erwecken versucht. Sieht man aber näher zu, bei welchen Delikten die Bestrafungen von Juden über dem Durchschnitt und bei welchen sie darunter liegen, dann kommt man zu dem genau entgegengesetzten Ergebnis.

Das Statistische Reichsamt würde zu einem anderen Resultat gelangt sein, wenn es den Anteil der Juden nicht nur an allen bestraften Vergehen ermittelt, sondern sich bemüht hätte, die schweren, unter das Strafgesetzbuch fallenden Straftaten von den leichteren zu trennen. Wegen Vergehen gegen das Strafgesetzbuch wurden insgesamt verurteilt 288.553 Personen, davon 1756, also 0,6 Prozent Juden. Der Anteil der Juden an den Vergehen gegen das Strafgesetzbuch bleibt also hinter ihrem Anteil an der strafmündigen Gesamtbevölkerung zurück. Bei dieser Überwiegen die wegen Vergehen gegen das Strafgesetzbuch Verurteilten bei weitem die Verurteilungen gegen andere Reichsgesetze, also wegen harmloserer Delikte, bei den Juden ist es umgekehrt. Allgemein waren an der Zahl der Abgeurteilten die Vergehen gegen das Strafgesetzbuch mit 75 Prozent, bei den Juden mit nur 42 Prozent beteiligt. Allgemein überwiegen also die schweren Vergehen, bei den Juden die leichteren.

Das Statistische Reichsamt stellt mit Genugtuung fest, daß seit 1934 »eine bedeutende Abnahme« bei den »kriminalpolitisch wichtigsten strafbaren Handlungen« stattgefunden habe. Wie groß ist der Anteil der Juden an diesen schwersten Straftaten, als welche angeführt werden: Mord, Totschlag, Abtreibung, Diebstahl, Unterschlagung, Raub und räuberische Erpressung, Hehlerei? Insgesamt sind dafür bestraft worden 98.103 Personen, davon 301 Juden, das sind 0,3 Prozent. Darnach bleibt also bei diesen schwersten Straftaten der Anteil der Juden um mehr als die Hälfte hinter ihrem Bevölkerungsanteil zurück. Wegen Mords wurde ein Jude verurteilt, wegen schwerer Körperverletzung einer, wegen Totschlag drei, wegen Raubes und räuberischer Erpressung keiner, wegen Diebstahls von insgesamt 71.182 Fällen 168, also 2,3 vom Tausend.

Gegen welche Delikte des Strafgesetzbuches hatten Juden sich hauptsächlich vergangen? Beleidigung 210, fahrlässige Körperverletzung 411, Betrug 322, Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit 113. Nur bei solchen »Verbrechen«, die man begehen kann,

ohne eine Spur kriminellen Veranlagung zu haben, beträgt der Anteil der Juden etwas weniger oder etwas mehr als 1 Prozent, ist er also höher als ihr Anteil an der Bevölkerungsziffer. Bei allen anderen Vergehen gegen das Strafgesetzbuch bleibt er dahinter zurück. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Dritten Reich ein Jude einen Arier weit leichter beleidigen kann als umgekehrt und daß es wenige Richter gibt, die den Mut aufbringen, Juden, die wegen Betruges oder anderer Delikte denunziert worden sind, freizusprechen, auch wenn ihre Schuld nicht nachweisbar ist. Julius Streicher wird es besonders schmerzhaft sein, den Zahlen des Statistischen Reichsamtes entnehmen zu müssen, daß der Anteil der Juden an den bestraften Sittlichkeitsver-

Der verbotene Büchsen Schlüssel. Haben Sie schon einmal versucht, eine Sardinienbüchse mit einem gewöhnlichen Dosenöffner aufzukriegeln? Versuchen Sie's mal! Es ist eine Heidenarbeit und außerdem bekommt sie den Sardinen nicht gut, sie werden zu Brei zerquetscht dabei...

Weil dem so ist, hat eine weise Vorsehung denn auch uns Sterblichen den Sardinienbüchsen-Schlüssel in die Hand gegeben, mit dem die Dose kurz und schmerzlos im Nu geöffnet ist.

Auch auf diese kleine Kultursegnung muß das deutsche Volk nun Verzicht leisten. Die Herstellung von Dosenöffnern für Fischkonserven ist soeben streng verboten worden. Der Metalleparnis halber. Der Deutsche soll künftig im Schweiß seines Angesichts derartige Blechen mit dem gewöhnlichen Dosenöffner erbrechen und auf diese Weise ein Stück vaterländischen Arbeitsdienstes im Rahmen des Göringplanes ableisten. Wer einen hat, kann zur Not auch den Ehrendolch zu Hilfe nehmen. Das Leben wird halt immer idyllischer im braunen Reich...

In der Flaschkonserven-Industrie hat man es natürlich mit der Angst bekommen und sich bittend an die Obrigkeit gewandt. Niemand werde mehr Büchsenfische kaufen, wenns keinen Schlüssel dazu gebe. Das »Gnadengesuch« der betreffenden Unternehmer ist jedoch abschlägig beschieden worden. Kanonen sind wichtiger als Konserven.

Karl der Kühne. Als kürzlich der Hamburger Nazigewaltige, der Gauleiter und Statthalter Karl Kaufmann auf einer Kundgebung sprach, zog ein Zuhörer eine mit Platzpatronen geladene Pistole und gab damit einen Schuß in die Luft ab. »Es handelte sich hier ganz offenbar um einen Geistesgestörten«, hieß es in der amtlichen Nachricht über diesen Zwischenfall.

Aber noch etwas anderes ist »ganz offenkundig«. Nämlich, daß der Platzpatronenknaall dem Kaufmann erheblich auf die Nerven gegangen ist. Als acht Tage nach dem Vorfall in Hamburg der Fußball-Länderkampf Deutschland gegen Schweden stattfand — dem auch Herr Kaufmann in seiner Ehrenloge beluohnen geruhte — da wurde fünf Minuten vor Schluß des Spiels mit donnerndem Lautsprecherwort den Zuschauern bekanntgegeben, daß niemand von seinem Platz aufstehen dürfe, so lange nicht der Gauleiter das Stadion verlassen habe...

Es handelt sich hier — ganz offenbar! — um echt germanische Heldenkühnheit.

»Sozialismus«. In Solingen soll ein neues Stadttheater gebaut werden. Wie die Nazipresse berichtet, haben — um den Bau zu ermöglichen — die Arbeiter einiger Solinger Großbetriebe »beschlossen« (?) eine Zeit lang eine gewisse Anzahl Gratis-Arbeitsstunden zu leisten, deren Ertrag für das neue Stadttheater verwandt werden soll. Das sei — sagt die Nazipresse — »nationaler Opfergeist«, »Triumph der Volksgemeinschaft«, »wahrhaftiger Sozialismus«...

Es soll ja auch früher, in den Jahren der Schmach, vorgekommen sein, daß deutsche Städte Neubauten für kulturelle Zwecke errichteten. Das haben ja nicht erst die Nazis erfunden. Damals pflegte man freilich von derlei Dingen nicht übermäßig viel Aufhebens zu machen und — vor allem — man pflegte die Baukosten aus dem Stadtsäckel zu nehmen und nicht aus Arbeiterlohntüten. Heute dagegen werden die Stadtfinanzen für andere — naziparteiliche — Zwecke derart beansprucht, daß die Arbeiter »beschließen« (?) müssen, freiwillige (?) Gratisarbeit zu lei-

brechen mit 0,5 Prozent hinter ihrem Anteil an der Bevölkerungsziffer zurückbleibt, obwohl anzunehmen ist, daß gerade in solchen Fällen gegen Juden besondere richterliche Strenge geübt wird. Am größten ist, absolut und prozentual, unter den jüdischen Verbrechern die Zahl der wegen fahrlässiger Körperverletzung Verurteilten; es handelt sich wohl da hauptsächlich um Automobilzusammenstöße und ähnliches. Der amtlichen Statistik ist also nicht ein Uebermaß verbrecherischer Neigungen von Juden zu entnehmen, sondern eher das Gegenteil.

Größer als die Zahl der jüdischen Verbrechen unter den Straftaten sind ihre bloßen Vergehen. Es sind aber zumeist solche, die in anderen Weltteilen nicht als Vergehen

gelten, die besonders für Juden erfunden worden sind oder, ohne die Tendenz zur Austreibung der Juden aus dem gelobten Lande Deutschland, nicht von Juden begangen zu werden brauchten. Allein unter den wegen Rassenschande Verurteilten sind von 358 Personen 262 Juden. 862 gleich 8 Prozent sind wegen Uebertretung der Paßvorschriften, 116 gleich 8 Prozent wegen Uebertretung der Devisenvorschriften bestraft worden. Das sind im ganzen 1240 Fälle, also fast ein Drittel aller bestraften Juden.

Die Beteiligung der Juden an kriminellen Vergehen liegt also nicht, wie das Statistische Reichsamt auftragsgemäß behauptet, über dem allgemeinen Durchschnitt, sondern ziemlich weit darunter. Daraus folgt natürlich auch nicht, daß der »arische« Teil des deutschen Volkes krimineller veranlagt ist als die Juden, sondern nur, daß Verbrechen und Strafen von anderen Umständen abhängen als von Eigentümlichkeiten der Rasse.

## Aus großer Zeit

sten, wenn man in Solingen ein Theater haben will...

Und diese reichlich skandalöse Praxis wird dann noch obendrein ausgerechnet mit dem leuchtenden Etikett »Sozialismus« versehen und als Volksbeglückung besungen!

Wahrlich: weit gebracht!

Ramponierte Kirchenbücher.

Wer heute in Deutschland heiraten, eine Stellung suchen oder sonst irgendwas will, der muß sich bekanntlich erst mal auf die Ahnenkartei machen. Falls er das Glück hat, über »arische« Vorfahren zu verfügen — wo muß er sie sich zusammensuchen lassen? In diversen Kirchenbüchern von Anno dazumal. Die Massenjagd auf arische Urgroßmütter hat natürlich zur Folge, daß die alten Kirchenbücher von vielen Nachschlagen nicht gerade besser werden. Man kann vielmehr mit nahezu mathematischer Sicherheit den nicht fernem Tag errechnen, an dem diese altehrwürdigen Dokumente so mitgenommen sein werden, daß sie Dienst und Auskunft verweigern und nur noch als Altpapier für irgend eine Lumpensammelaktion in Frage kommen. Hach, wie würde dann AIIJuda triumphieren!...

Hier muß und wird also was getan werden. Und so ward denn beschlossen, sogenannte »Ahnenkarteln« anzulegen und außerdem — sicher ist sicher — sämtliche Kirchenbücher Seite für Seite photographieren zu lassen. Sechs Jahre wird diese Arbeit in Anspruch nehmen. Und Kosten verursachen, die in die Millionen gehen...

Aber das macht nichts. Ein Volk wie das deutsche, das täglich in harter Sammelarbeit Knochen, Kaffeesatz, Haare und sonstige Schätze aufspeichert, spart sich auf diese Weise ja ein nettes Extrastückchen zusammen und kann dann dafür dem Streicher seine perversesten Lieblingswünsche erfüllen. Gewiß: Fleisch ist knapp, Butter ist knapp. Aber das macht nichts. Wenn nur die Ahnenkartei in Ordnung ist!...

Die Schule wird abgebaut. Neulich erzählten wir hier, daß an den Schulen in Pommern jetzt von Staats wegen Nachhilfestunden für HJ-Führer erteilt werden. Weil die »Führer« nämlich vom »Dienst« überanstrengt und in der Schule folglich zurückgeblieben sind. In Hannover hat man ähnliche Sorgen, aber man geht ihnen anders zu Leibe. Der dortige Oberbannführer, Herr Nickel, hat an die Schulleiter und Lehrer einen Appell gerichtet, in dem er sie — laut »Frankfurter Zeitung« (1937 Nr. 566/67) ersucht, mit Rücksicht auf die Hitlerjugend und die Sammelaktionen den Unterricht einzuschränken:

»Die HJ bittet... die Schule sich im Rahmen der schulischen Erziehung... auf das Mindestmaß zu beschränken.«

Am besten wäre vielleicht, man schaffte die Schule ganz ab. Die allgemeine Schulpflicht ist ja so wie so eine »liberalistische« Erfindung. Und was ein echter deutscher Knabe ist, der braucht nicht mehr als das von Herrn Nickel gerade noch zugelassene »Mindestmaß« an Bildung, um sich als Kanonenfutter für die Herren Führer verwendbar zu erweisen. K. K.

## Kindesraub

Im Dritten Reich wird jetzt der Kindesraub durch die Rechtsprechung der willfährigen Justiz legalisiert. Bei den Fällen von Aberkennung der Erziehungsberechtigung der Eltern, die bisher bekannt geworden sind, handelte es sich bis auf wenige Ausnahmen um Elternteile, die jüdisch waren, während die Rassezugehörigkeit des Kindes nicht einwandfrei feststand. Jetzt liegt ein Urteil des Vormundschaftsgerichts Waldenburg, Schlesien, vor, in dem Eltern, die einwandfrei »arische« Herkunft sind, das Erziehungs- und Sorgerecht für ihre Kinder entzogen wird.

Das Urteil wird jetzt in der »Deutschen Justiz« veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck kommende Rechtsauffassung über die Erziehungsberechtigung der Eltern ist so ungeheuerlich, daß wir den wichtigsten Teil daraus zitieren müssen:

»Eltern, welche den erzieherischen Einfluß ihren Kindern gegenüber in der Richtung ausüben, daß die Kinder in scharfen Gegensatz zur Volksgemeinschaft geraten, mißbrauchen, das ihnen zustehende Sorgerecht. Wenn Eltern ihren Kindern durch ihr Beispiel eine Anschauung beibringen, die sie in unzulässigen Gegensatz zu der Ueberzeugung bringen muß, zu der sich die weltanschauende Mehrheit des deutschen Volkes bekennt, so bedeutet das einen Mißbrauch des Sorgerechts. Dieser Mißbrauch gefährdet die Kinder aufs höchste, weil er dazu führt, daß auch sie einmal außerhalb der Volksgemeinschaft zu stehen kommen. Zur Abwendung dieser Gefahr habe das Vormundschaftsgericht die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Erfolg verspricht hier nur die volle Entziehung des Personen-Sorgerechts, sie allein bietet die Gewähr dafür, daß der ungünstige erzie-

herische Einfluß der Eltern ausgeschaltet und gebrochen wird.«

Grundsätzlich stellte das Vormundschaftsgericht Waldenburg für die Frage des Erziehungsrechts der Eltern gegenüber ihren eigenen Kindern noch folgendes fest:

»Das Recht als völkische Ordnung vertraut den deutschen Eltern das Recht der Erziehung nur unter der — wenn auch nicht ausdrücklich ausgesprochenen, so doch selbstverständlichen — Voraussetzung an, daß die Eltern dieses Erziehungsrecht so ausüben, wie Volk und Staat es erwarten dürfen... Wer dagegen in Ausübung eines formell ihm zustehenden Erziehungsrechts in Kindern Ansichten weckt, die sie in unzulässigen Widerspruch zur Volksgemeinschaft bringen müssen, erfüllt diese selbstverständliche Voraussetzung nicht, so daß ihm schon aus Erwägung allgemeiner Art das Erziehungsrecht abgesprochen werden muß.«

Das Waldenburger Urteil richtet sich nicht gegen Sozialdemokraten oder »Bolschewisten«, sondern gegen Eltern, die den internationalen Bibelforschern angehören. Das Gericht behauptet zwar, daß es sich bei der Zugehörigkeit zu den Bibelforschern »bei diesen Eltern nicht um eine besondere religiöse Ueberzeugung, sondern um die Verneinung der einfachsten und selbstverständlichsten Pflichten dem Staat und dem Volk gegenüber handele.«

Wenn diese Rechtsfindung jetzt allgemein zur Anwendung kommt, so werden den Eltern, die sich nicht hundertprozentig auf den Nationalsozialismus gleichschalten, die Kinder geraubt. Denn auf nichts anderes läuft die Entziehung des persönlichen Fürsorgerechts hinaus, die den erzieherischen Einfluß der Eltern ausschalten und brechen soll.

Einen solchen grausamen Terror gegen die Eltern zur Erzwingung der Totalität einer Weltanschauung hat es in der Menschheitsgeschichte noch nicht gegeben!



# Kommunismus und Demokratie

Von Karl Kautsky

Die dänische Sozialdemokratie veröffentlicht demnächst eine Neuauflage des kommunistischen Manifests. Karl Kautsky hat dazu ein Vorwort geschrieben, aus dem wir das folgende wiedergeben:

Eines der auffallendsten Kennzeichen der Kommunisten war ihre Verachtung der Demokratie. Diese Verachtung, die gar mancher von ihnen beeinflusste Sozialdemokrat von ihnen annahm, hat sehr böse Früchte getragen. Sie schwächte das Proletariat, verewigte seine Spaltung, die in so vielen Staaten seit 1918 durch die Kommunisten herbeigeführt worden war und wurde eine der Hauptursachen der vielen und schmerzlichen Niederlagen der Demokratie der letzten Jahre.

Doch die Konsequenzen dieser Niederlagen waren so bedenklich für den Sowjetstaat, daß er selbst sich genötigt sah, an die Hilfe der Demokratie außerhalb Rußlands zu appellieren. Er befahl jetzt den Kommunisten aller Länder für die Demokratie einzutreten und zu diesem Zwecke eine Einheitsfront mit den bisher so wildtend bekämpften Sozialdemokraten zu bilden.

Das wäre an sich mit Freuden zu begrüßen. Doch wird unsere Freude etwas gedämpft durch den Umstand, daß die Wandlung der Kommunisten nicht eine prinzipielle ist, sondern nur eine taktische. Sie verteidigen die Demokratie nur dort, wo sie in der Opposition sind. Sie vernichten sie und üben die grausamste Unterdrückung jeder Volksfreiheit dort, wo sie zur Herrschaft gelangen.

Die Verdrängung der Demokratie durch einen gewalttätigen Despotismus in verschiedenen großen Nachbarstaaten des russischen Reichs, bedeutet für dieses eine ernste Gefahr. Jeder dieser Despotismen drängt seiner Natur nach zu militärischer Expansion. Zwei von ihnen, der deutsche und der japanische, bedrohen Rußland von Ost und West. Bloß auf sich allein angewiesen, vermöchte sich die russische Armee kaum der beiden Dränger zu erwehren. Rußland braucht Bundesgenossen, die findet es aber nur in den demokratischen Staaten des Westens. Auch in jedem dieser Staaten gibt es der Demokratie feindliche Elemente. Nicht minder sind sie Rußland feindlich. Nicht nur an der Kraft dieser Staaten, sondern auch an der Kraft der Demokratie in diesen Staaten ist die Sowjet-Republik aufs stärkste interessiert. Daher ihr plötzliches Interesse an der Demokratie. Jedoch nur dort.

Ihr Eintreten für die Demokratie muß von jeder demokratischen Partei willkommen geheißen werden. Doch darf man nicht zu fest auf die russische Hilfe bauen. Sie geht bloß aus der auswärtigen Politik der gegenwärtigen Machthaber Rußlands hervor, und steht in vollstem Gegensatz zu ihrer inneren Politik.

Sollte es dazu kommen, daß diese Machthaber sich mit Deutschland und Japan verständigen, dann würden die Kommunisten überall zu einer Hilfstruppe des Faschismus werden. Die demokratischen Parteien und Staaten der Welt hätten dann einen furchtbaren Kampf gegen einen antidemokratischen Block von ungeheurer Stärke auszukämpfen. Dabei wären sie allerdings insofern überlegen, als im demokratischen Staate die arbeitenden Massen mit Begeisterung an ihm hängen, bereit sind für ihn die schwersten Opfer zu bringen, indes in der Diktatur die Massen apathisch und verdrossen, oft direkt feindselig der Staatsgewalt gegenüberstehen.

Wahrscheinlich ist eine Verständigung Stalins mit Hitler freilich nicht. Sie fände zu starke psychische Widerstände in den Nachwirkungen der bisherigen Agitation hüben wie drüben. Indessen wird in jedem der in Betracht kommenden Staaten die Staatsgewalt von ungeheuren stets wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten bedrängt, die zunehmende Unsicherheit in den herrschenden Kreisen mit sich bringen, sowie steigende Gegensätze und Intrigen in ihren Reihen. Eine solche Situation vermag in einer schrankenlosen Despotie leicht über Nacht ganz unvorhergesehene Wandlungen der Staatspolitik hervorzurufen.

Mit solchen haben wir in Rußland wie

in Deutschland zu rechnen. Doch die Annäherung der Diktaturen hüben und drüben aneinander ist nur die eine der Möglichkeiten, die aus dieser Labilität der Staatsgewalt hervorgehen. Eher ist es denkbar, daß in Rußland jene Elemente zum Durchbruch gelangen, die in der Gewährung der Demokratie, die einzige Rettung für das in seinem Bestand bedrohte Staatswesen erblicken. Stalin selbst hat sich bereits genötigt gesehen, den demokratischen Gedanken Konzessionen zu machen. Er hat dem russischen Volk an Stelle der bisherigen Sowjetverfassung eine neue gewährt, die er selbst für die beste Demokratie der Welt erklärte. Mussolini und Hitler behaupten allerdings dasselbe vom Faschismus und vom Nationalsozialismus. Stalin hoffte wohl, damit die öffentliche Meinung der demokratischen Staaten für sich zu gewinnen.

Dieses Ziel hat er freilich nicht erreicht. Nur politisch naive Elemente haben seine Art Demokratie ernst genommen. Es sind zumeist jene Elemente, die es bisher liebten, von den bestehenden demokratischen Verfassungen in Frankreich, England usw. wegwerfend als bloß »formaler« Demokratie zu sprechen. Wenn es eine Demokratie gibt, für die die Bezeichnung bloß formaler Demokratie zutrifft, dann ist es die jüngste Verfassung Stalins. Nichts von dem gibt sie, was für die wirkliche Demokratie erforderlich ist, keinerlei Bewegungsfreiheit der Massen, keine Freiheit der Rede, der Presse, der Versammlungen, der Organisationen. Ihr Parlament unfrei erwählt, ist eine bloße Jassagemaschine.

Wie sich das wirkliche Staatsleben unter dieser Verfassung gestaltet, zeigen die farnosen politischen Prozesse, die seitdem von der Sowjetregierung in Szene gesetzt wurden und werden. Aber nicht nur den

Schwindelcharakter der »Demokratie« des heutigen Rußlands enthüllen sie. Der Umstand, daß sie nicht aufhören und ihre Opfer in den obersten Schichten des Reichs suchen, bezeugt, daß dieses von einer gewaltigen Unruhe erfaßt ist, die bis in die regierenden Kreise reicht und die trotz der blutigsten Repressionen kein Ende nimmt. Da dürfen wir noch gewaltige Ueberraschungen erwarten. Welche Gestalt immer diese zunächst annehmen mögen, sie verheißen, die Massen in Bewegung zu setzen und dadurch Konzessionen an die Demokratie zu bringen.

Das Kommen wirklicher Demokratie in Rußland brächte aber das Aufhören des Gegensatzes zwischen Kommunisten und andern Sozialisten. Es brächte die baldige Wiederherstellung der proletarischen Einheitsfront auch außerhalb Rußlands in der ganzen Welt auf Grundlage weitgehender grundsätzlicher Uebereinstimmung, nicht als taktisches Manöver. Alle die anderen Diktaturen in der Welt werden dann unhaltbar, ein neuer siegreicher Vormarsch der proletarischen Demokratie in der gesamten Internationale beginnt.

Die erste Internationale war bereits vom Geiste des kommunistischen Manifests getragen gewesen. Doch hatte dieser Geist noch nicht die Arbeitermassen erfaßt. Es war nur die gewaltige Persönlichkeit eines Karl Marx, der den Beschlüssen der ersten Internationale ihren bis heute vorbildlichen Charakter verlieh. Als Marx durch Krankheit geschwächt war und nach der Zerschmetterung der Pariser Kommune der Uebergang der englischen Gewerkschaften ins liberale Lager und der Uebergang vieler romanischer und slawischer Sozialisten ins bakunistische Lager aufs äußerste lähmend wirkte, zerfiel die erste Internationale.

Erst sechs Jahre nach Marx' Tode er-

stand die zweite Internationale. Sie wurde nicht mehr vom Meister selbst geleitet, jedoch waren die Arbeitermassen viel mehr von seinem Geiste, dem des kommunistischen Manifests erfüllt, als zur Zeit der ersten Internationale. Unaufhaltsam und siegreich marschierte sie vorwärts bis zum Ausbruch des Weltkriegs 1914.

Zu den furchtbaren Schädigungen der Arbeiterschaft, die er mit sich gebracht hat, gehört auch die Zerreißen der Internationale, die er veranlaßte. Sie zerfiel nicht wegen des mangelnden internationalen Empfindens der Massen, sondern wegen der Unklarheit über die besonderen Ursachen, aus denen er hervorging. Doch die Zerreißen der Internationale war der schlimmste Nachteil nicht, den der Krieg brachte. Sofort nach seiner Beendigung erstand sie doch von neuem. Viel schlimmer war das Wirken des Bolschewismus, der den Krieg und seine Folgen dazu benutzte, jede einzelne sozialistische Partei der Welt zu spalten. Jede zerfällt seitdem in zwei Teile: Einen der sich selbst regiert und einen der von Moskau kommandiert wird. Und dieser jammervolle Zustand dauert bis heute. Er bildet eine sonderbare Illustration des Rufes, mit dem das kommunistische Manifest endet — des Appells »Proletarier aller Länder vereinigt Euch«.

Das Ende des Weltkrieges brachte in verschiedenen Ländern der Sozialdemokratie gewaltigen Machtzuwachs. Aber wo immer gleichzeitig auch die Kommunisten erstarkten, schwächten sie die Sozialdemokratie, ohne selbst irgend ein politischer Faktor von Bedeutung zu werden. Der ununterbrochene Vormarsch der Arbeiterparteien der zweiten, auf dem kommunistischen Manifest basierenden Internationale, der von 1889 bis 1914 unwiderstehlich vor sich ging, hat seitdem einem wirren Auf und Ab Platz gemacht, außer in den skandinavischen Ländern, die allein noch den stetigen Siegesmarsch der zweiten Internationale von 1914 bis heute fortsetzen und weiter fortsetzen werden.

Gelingt es »er die Demokratie — wirkliche, nicht bloß formale — in Rußland zum Durchbruch zu bringen, dann wird dieser stetige Siegesmarsch sich auf die Arbeiter aller Länder ausdehnen und vermöge der größeren Massen, über die sie verfügen und der geringeren Widerstände, auf die sie stoßen werden, wird er sich mit vermehrter Wucht und Geschwindigkeit vollziehen.

Eine neue Epoche wird dann für die Menschheit herankommen. Es hängt vor allem von den Kommunisten Rußlands ab, wann sie kommt. Jetzt schon aber haben wir bei allen Verhandlungen und Diskussionen mit Kommunisten die Pflicht, sie vor allem auf diesen Umstand hinzuweisen und zu zeigen, wie sehr der weitere Vormarsch der Arbeiterparteien der Welt von der Gewährung wirklicher Demokratie in Rußland abhängt und wie sehr sie den internationalen Sozialismus schädigen, solange sie dort von einer solchen nichts wissen wollen.

Die Literatur der sozialistischen Emigranten ist heute von einem fieberhaften Suchen nach neuen Programmen, nach neuen demokratischen Grundlagen des Sozialismus erfüllt. Gar viele glauben, daß die augenblickliche Machtlosigkeit der Sozialisten in den Ländern der Diktatur nur davon herrühre, daß unsere theoretischen Grundlagen veraltet seien. Bei allen diesen Suchen nach Neuem bleiben die Neuerer aber im Grund doch stets auf dem Boden des kommunistischen Manifestes haften. Und mit Recht. Noch existiert keine neue Theorie, durch die es überholt wurde.

Was wir brauchen, ist nicht ein neues grundsätzliches Programm, nicht eine neue Theorie des Sozialismus, sondern einen Machtzuwachs der Demokratie, einen gewaltigen Zuwachs, den nur die Kommunisten herbeiführen können, den sie morgen schon herbeiführen können, wenn ihre Führer es wollen.

Kampf für die Demokratie, auch in Sowjetrußland! Das ist die Parole, aus der eine dauernde unwiderstehliche Einheitsfront des Proletariats in der Welt hervorgehen kann.

## Aus den Kerkern

In den Jahren 1933 und 1934 haben die ersten Berichte aus deutschen Konzentrationslagern das Weltgewissen alarmiert. Seither ist viel Nichtwiedergutzumachendes geschehen. Den Zeitgenossen mit Fantasie und der Fähigkeit des Mitleidens quälen die Bilder zerschossener Stütze in Spanien, zertrümmerter Menschenleiber in China, Metzelen in Abessinien, Bandenkrieg in Palästina, Massenerschießungen in Rußland drängen sich vor sein inneres Auge. Und doch besteht auch jenes Leid noch weiter, noch immer werden Menschen festgehalten, gequält, erschlagen in einem bis vor wenigen Jahren recht zivilisierten Lande. Ein Buch, das an dieses Unrecht erinnert, das den Menschen des französischen Sprach- und Kulturkreises erneut ins Gedächtnis ruft, was in Deutschland gelitten wird, muß von uns gebilligt werden, welche Einwendungen auch immer gegen dieses Buch zu machen wären.

Es handelt sich um »La-bas... dans les geôles«, ein Titel, der sinngemäß etwa zu übersetzen wäre mit »In den Kerkern... jenseits unserer Grenzen«. Darunter steht: »Dreißig Monate Konzentrationslager«. Um es kurz zu sagen, wer einen reinen Tatsachenbericht erwartet, wird enttäuscht. An dem Buch haben zwei Autoren gearbeitet, ein Dr. Peter Martin, — das ist natürlich ein Pseudonym — und ein Franzose, M. Dutréb. Man hat, um den Bericht schmackhaft zu machen, geglaubt, eine romanhafte Einkleidung wählen zu sollen. Das war kein glücklicher Einfall. Es geht dabei nicht ohne Sentimentalisierung ab. Rührende Episoden sind erfunden, von denen man im Interesse der Sache wünschte, daß sie weggeblieben wären. Eine andere Erwägung, die der sozialistische Leser angesichts dieses Buches anstellen wird, ist folgende. Man kann sich sehr gut den Verleger vorstellen, der den Rat gibt, ein Buch gegen die Konzentrationslager »unpolitisch aufzuziehen«. Die Lektüre von »La-bas... dans les geôles« zeigt indessen, wie wenig damit gewonnen wird.

Peter Martin war, wie das Vorwort seines Buches angibt, Redakteur einer katholischen Zeitung und Mitglied der »Liga für Menschenrechte«. Er hat vor Hitler als Versammlungsredner für einen unpolitischen Pazifismus geworben, als Frontkämpfer und

als Christ. Er führt nun auch den Kampf gegen den Faschismus »unpolitisch«. Das sieht etwa so aus. Man zeigt uns einen alten Arbeiter, einen Dreher, er liest in seinen Museestunden Rousseau, Lassalle, Marx, Engels. Der Mann ist unorganisiert, — er ist ein »Idealist«. Er wird Opfer des Hitlerregimes. Muß dieser Arbeiter tatsächlich unorganisiert sein, um die Teilnahme weiterer Kreise des französischen Lesepublikums gewinnen zu können? Wie ist es denn mit den Menschenrechten? Gehört zu ihnen nicht auch das Recht, sich für eine politische Partei zu entscheiden? Ein sympathischer junger Arbeiter wird Kommunist. Mit der Begründung, die er in Martins Buch dafür gibt, hätte er ebenso gut ernster Bibelforscher werden können. Man möge doch den deutschen Menschen bis 1933 nicht nachsagen, daß sie derartige Leisetreter gewesen wären.

Und abschließend, der Faschismus, man wird nicht darum herumkommen, ist ein politisches Phänomen. Jeder Versuch, ihm »unpolitisch« zu begegnen, dient der Verdunkelung, dient dem Faschismus. M. F.

## Der Zahn der Zeit

Im »Dresdner Anzeiger« vom 20. November 1937 lesen wir:

»Die Zeit, in der man den Goldzahn als elegant betrachtete, ist glücklich überwunden. Und nun hat man auch einen Stoff gefunden, der sich mindestens ebensogut wie Gold für Zahnersatz eignet und sich dabei mit seinem schlichten plantinfarbenen Aussehen dem Ton der Zähne anpaßt, ohne Lichteffekte zu erzeugen. Vor allem aber hilft er das für die Devisenwirtschaft so notwendige Gold sparen.

Es handelt sich um eine Legierung von Silber mit dem seltenen Plantinerz Palladium unter Zusatz von geringen Mengen Gold und anderer Metalle. Diese »weiße Edelmetalllegierung« ist in den Laboratorien auf Herz und Nieren geprüft worden. Sie ist gewebefreundlich, verändert sich im Munde nicht, behält ihre Farbe und besitzt sowohl genügend Dehnbarkeit als auch Härte, um Bruchbildung bei Brücken zu verhindern.«

Für devisenfreie Zähne wäre also gesorgt. Und nun wäre nur noch das alte Volkslied zu singen: »Lieber Gott, lieber Gott, den wir Vater heißen, wenn du uns schon Zähne gibst, gib uns auch zu beißen!«



# Die „Erbangst“

In Deutschland greift eine neue Seuche um sich: die »Erbangst«. Viele Frauen, weitsichtiger als das Propagandaministerium, sagen sich (wir zitieren die Zeitschrift »Völkischer Wille«):

»Jetzt wissen wir Bescheid, daß selbst dann ein krankes Kind zur Welt kommen kann, wenn unser auf 300 Jahre zurück ermittelter Stammbaum keinerlei erbkrankte Sippenmitglieder aufweist, denn es kann ja auch noch früher ein Erbkranker in unserer Ahnenreihe hineingeraten sein, sein Erbkleid kann sich verdeckt (rezessiv) weitervererbt haben, und dann kommt es gerade in meinem Kinde wieder zum Vorschein. Also dann schon lieber überhaupt keine Kinder oder jedenfalls kein weiteres mehr.«

Der Reichsärztführer mahnt, warnt vor dem zunehmenden Geburtenrückgang und versucht, den Frauen all das wieder auszuwaschen, was er und seinesgleichen ihnen mühsam eingepaukt haben. In seiner Reichswanderverschau »Ewiges Volk« ist eine Bildtafel zu sehen, auf der ein Brautpaar zögernd vor einem Stammbaum steht, den zwei rote Fragezeichen zieren. Darunter die Inschrift:

»Die Beobachtung der Erbgesetze soll nicht dazu verleiten, nun übereifrig nur nach krankhaften Erbanlagen in der Sippe zu forschen. Denke vor allem auch an deine wertvollen Erbanlagen, die es wert sind, in deinen Kindern weiterzuleben.«

Und der oben zitierte »Völkische Wille«, der gleichfalls den Reichsärztführer zum Mitarbeiter hat, sieht seine kinderscheuen Leser an:

»Mehr Mut! Eine solche Erbhangst hat keine Berechtigung. Ohne Wahnsinn kein Elternglück. Wer nicht wagt, gewinnt es nicht!«

Wir glauben nicht, daß Anfeuerungen dieser Art etwas nützen. Alle Mütter haben — lange ehe Rosenberg und Streicher geboren wurden — recht gut gewußt, wieviel Unerwartetes und für die Eltern Unbegreifliches in der charakterlichen Anlage eines Kindes zutage treten kann. Sie haben dennoch nicht unter »Erbhangst« gelitten. Und wir werten: ein Großteil jener Frauen, die behaupten, von der Seuche befallen zu sein, sind auch heute nur Simulanten. Sie fürchten sich nicht vor mysteriösen Erbanlagen, sie fürchten sich vor einem viel handfesteren Schrecken — vor dem Krieg. Sie wollen ihre Kinder nicht gebären und großziehen, damit sie, kaum gereift, erschossen, erstickt und vergiftet werden. Wenn sie das ehrlich eingeständen, kämen sie ins Konzentrationslager. Also berufen sie sich anstatt dessen auf ihre rassische Ueberbedenklichkeit, an die sie selbst nicht glauben. Denn das Lügen haben die deutschen Untertanen in den letzten vier Jahren gründlich gelernt. Die Erbhangst ist Kriegsangst. Die Seuche heißt: Nationalsozialismus.

## Falsdmünzer

Die »Nationalsozialistischen Monatshefte« beschweren sich:

»Zu den hartnäckigsten Vorurteilen, für deren Verbreitung die deutschfeindliche Presse im Ausland ge-

# National-»Sozialismus«!

Das nationalsozialistische Diktaturregime vorsteht das Volk in der großzügigsten Weise zu schröpfen. Obwohl trotz der wirtschaftlichen Hochkonjunktur im Jahre 1936 weder die Produktion, noch das Volkseinkommen und die Löhne und Gehälter, noch der Verbrauch die Höhe des Jahres 1929 erreichten, übersteigen die dem Volke aufzuzwungenen Reichsteuern im Jahre 1936/37 die Höhe des Steuerjahres 1929/30 bei weitem. Ein Vergleich der Steuererträge aus diesen beiden Jahren ergibt folgendes Bild:

	1929/30	1936/37
	in Millionen Mark	
Einkommensteuer . . . . .	3.028	3.200
davon Lohnsteuer . . . . .	1.204	1.540
Körperschaftsteuer . . . . .	588	1.050
Umsatzsteuer . . . . .	1.013	2.400
Vermögenssteuer . . . . .	542	340
Kraftfahrsteuer . . . . .	210	130
Beförderungsteuer . . . . .	364	240
Reichsfluchtsteuer . . . . .	—	70
Zölle . . . . .	1.095	1.200
Salzsteuer . . . . .	—	260
Tabaksteuer . . . . .	914	810
Biersteuer . . . . .	412	290
Zuckersteuer . . . . .	159	330
Spiritusmonopol . . . . .	271	240
Fett- und Schlachtsteuer . . . . .	—	291

Die Verbrauchssteuern, die 1929/30 insgesamt 1808 Millionen RM erbrachten, beliefen sich 1936/37 auf 2,3 Milliarden RM. Obwohl also der Verbrauch im vorigen Jahr wesentlich tiefer lag als 1929/30, mußte das deutsche Volk einen wesentlich höheren Betrag an Verbrauchssteuern aufbringen. Daraus folgt, daß die einzelnen Lebens- und Genußmittel mit wesentlich höheren Steuern

belastet sind, als vor dem Machtantritt Hitlers.

Die gesamten Reichsteuern erbrachten 1929/30 9,2 Milliarden RM, 1936/37 aber 11,5 Milliarden RM. Die Zunahme beträgt demnach mehr als 2,3 Milliarden RM.

Besonders hervorzuheben ist auch die erhebliche Zunahme der Lohnsteuereinnahme. Dieses Mehr wurde aus den Arbeitern und Angestellten herausgepreßt, obwohl das Arbeitseinkommen aus Lohn und Gehalt im gleichen Jahre um fast 25 Prozent niedriger war als 1929/30! Damals betrug es 43 Milliarden RM, 1936/37 beträgt es höchstens 33 Milliarden RM. Neben der höheren Belastung durch die indirekten Steuern — auch die Umsatzsteuererträge sind fast um 130 Prozent höher als 1929/30 — ist demnach auch der Lohnsteuersatz beträchtlich hinaufgeschraubt worden. Dagegen ist die Einnahme aus der Vermögenssteuer um nahezu 40 Prozent zurückgegangen.

Bei einem Volkseinkommen von 76,1 Milliarden RM betrug im Jahre 1929/30 die Reichsteuern insgesamt 9,2 Milliarden, während sie für 1936/37, wo das Volkseinkommen nach den neuesten Schätzungen auf höchstens 62 Milliarden RM beziffert wird, 11,5 Milliarden ausmachen.

Der von den Reichsteuern beanspruchte Anteil am Volkseinkommen betrug danach 1929/30 nur 12 Prozent, und war bis 1936/37 auf beinahe 19 Prozent angewachsen.

Die Pötkler-Werkzeugmaschinen A. G. in Leipzig teilt in ihrem Jahresbericht mit, daß der Gesamtbetrag für freiwillige soziale Lei-

stungen im Geschäftsjahr 1936 210.000 RM betrage. Die Gesamtbeiträge des Aufsichtsrats und des Vorstandes erreichen im gleichen Jahre die Höhe von 150.000 RM. Für die Belegschaft von mehreren tausend Köpfen gab die Firma für sogenannte freiwillige Leistungen nicht viel mehr aus als für die ehrenamtliche Tätigkeit von einer paar Herren des Aufsichtsrates und des Vorstandes.

In der Gemeinde Friedberg im Allgäu wurden auf Veranlassung des Reichsanwaltes zwei »Dienstboten«, die als landwirtschaftliche Kräfte tätig waren, in Schutzhaft genommen, weil sie ihre Dienststelle verlassen hatten. Angeblich hätten sie sie »böswillig« und ohne Grund vor dem Beginn der Ernte aufgegeben.

Eisenbahner, die länger als 25 Jahre bei der Reichsbahn tätig sind, erhalten auf Verfügung des Reichsverkehrsministers neben einer Dienstatmosphäre »Mein Kampf« als Geschenk. Die Stadtverwaltung Köln schenkt neuvermählten Ehepaaren ein Drei-Monats-Abonnement für die Zeitschrift »Neues Volk«, die in Rasse und Bevölkerungspolitik macht.

Eine schwarze Liste für Arbeiter, die ihre Arbeitsstelle wechseln, wird für das Wirtschaftsgebiet Nieder-Sachsen auf Veranlassung des Reichstreuhändlers angelegt werden. Gegen die in das Verzeichnis aufgenommenen Arbeiter, die mit dem Verlassen der Arbeitsstelle vertragsbrüchig werden, behält sich der Treuhänder »die für den Einzelfall geeignet erscheinenden Maßnahmen« vor.

sorgt hat, gehört die Annahme, daß das geistige Leben in Deutschland unter diktatorischer Zensur stünde.

Man scheint gewillt zu sein, an dieser an den Haaren herbeigezogenen Verleumdung um so mehr festzuhalten, je weniger man wirklich mit dem Wesen der Nationalsozialismus vertraut ist. Eine jede Beschäftigung mit den Fragen unserer Weltanschauung würde nämlich unweigerlich zu der Erkenntnis führen, daß eine geistige Diktatur mit der Ideenwelt des Nationalsozialismus schlechterdings unvereinbar ist.

Jede Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus führt zu der Erkenntnis, daß seine verlogenen Banntrüger sich nicht einmal zu der geistigen Diktatur bekennen können, die sie selbst aufgerichtet haben. Sie morden den letzten Funken der Demokratie und schreien: »Wir sind die besten Demokraten der Welt«. Sie schwelgen in blutigen Mißhandlungen und schwärmen auf der Rednertribüne vom deutschen Gemüt. Sie schlagen die Freiheit täglich hundertmal ans Kreuz, um sie anbieten zu können. Denn sie wissen, daß ihr Blutmythos im Ideenkampf der Menschheit unterliegen muß. Darum bedienen sie sich zum Schein der Wertbegriffe ihrer stärkeren Geg-

ner, münzen sie in Falschgeld um und versuchen die Welt damit zu betrügen. Der Trick ist zu primitiv und zu leicht durchschaubar. Er wird sie nicht retten.

## Deutsche Jugend: größer und dümmer

Der »Westens«, Berlin, (Nr. 326) berichtet von Reihenuntersuchungen an Jugendlichen, bei denen festgestellt wurde, daß die nach dem Kriege geborenen Kinder durchschnittlich mehrere Zentimeter größer sind als die vor dem Krieg geborenen und daß die Pubertät durchschnittlich um volle zwei Jahre früher eintritt. Dann heißt es weiter:

»In einem Vortrag, den kürzlich Oberregierungsrat Dr. Simoneit hielt, der Leiter des Psychologischen Laboratoriums im Reichskriegsministerium, wurde die Tatsache des früheren Einsetzens der Pubertät ebenfalls vermerkt. Allerdings scheint nach den Ausführungen des Vortragenden, die den Prüfungen galten, welche die zur Offizierslaufbahn sich meldenden Abiturienten ablegen müssen, die geistige Entwicklung mit der kör-

perlichen nicht immer Schritt gehalten zu haben. Simoneit stellte fest, daß die Abiturienten, die er zu prüfen habe, vielfach nicht nur erhebliche Wissenslücken aufwiesen, sondern auch eine falsche Einstellung zu geistiger Arbeit haben. Im Zeitalter des Maschinenkrieges ist uns indes mit reinen Kraftmenschen, die im übrigen ungeistig sind, nicht gedient. Der Vortragende bezeichnete Dummheit und geistige Uninteressiertheit, die auf Trägheit schließen läßt, sogar als Charakterfehler, die jemanden als untauglich für die höhere militärische Laufbahn erscheinen lassen können.«

Der Dr. Simoneit hat sich sehr geschickt hinter klinische Beobachtungen verschauelt, die mit dem Hauptthema nichts zu tun haben. Ein Zunehmen der Körpergröße wird in der ganzen Welt beobachtet — die gleichzeitige Abnahme der geistigen Fähigkeiten ist eine Spezialerscheinung, die auf die faschistischen Staaten beschränkt bleibt. Daß diese Spezialerscheinung den Militärfachleuten ernste Sorgen bereitet, ist Ironie des Schicksals, denn die Einschränkung der jungen Gehirne wird ja gerade im Namen des Militarismus vollzogen.

## Tierliebe

Ein gelallter Monolog.

»Am 24. November begingen alle Tierchutzvereine und darüber hinaus alle Tierfreunde den vierten Jahrestag, an dem das vorbildliche Tierchutzgesetz des nationalsozialistischen Staates erlassen wurde.«

(Deutsche Zeitungsmeldung)

Gestatten, Sturmtruppführer Walter Remmert, Konzentrationslagerleiter. Herr Ober, ein Bier.

Verzeih Sie, Hibi, Mir ist bißchen belämmert.

Ich hab schon elf, zwölf Runden hinter mir.

Nicht knurren, Rex! Und nicht ans Tischbein stoßen.

Wie gefällt Ihnen der? Er hat irisches Blut. Ich bin nämlich tierlieb — wie all unsre Großen.

Wer gut ist, ist auch zu den Tieren gut.

Wenn ich und Rex so durch das Lager laufen, das sollten Sie sehen. Ein herrlicher Spaß. Er darf den Gefangenen die Kleider zertrafen. Das hat er gern, Herr Ober, noch ein Glas!

Nur eins ist seltsam. Er fängt an zu weinen, wenn geprügelt wird. Wehgeschrei macht ihn nervös.

Dann zittert er, zerrt mich an Armen und Beinen.

Ihn schlägt doch keiner! Wir ja skandalös.

Du, Rex, was war denn heut in dich gefahren? Heut hat sich im Lager ein Jude erbenkt.

Wir freuen uns. Der Rex steht mit borstigen Haaren.

und heult. Ob sich ein Tier dabei was denkt?

Ich fühl mich schlecht. Mir scheint ich bin besoffen...

Denn die Tierliebe zeichnet ein Herrenvolk aus.

Vom deutschen Gemüt ist das beste zu hoffen. (fällt unter den Tisch)

Wir sind der Welt um tausend Jahr voraus. A. Lindhorst

## Heidenlatein

Oder: Karlehen vorm Schützengraben

Ein Kriegsberichterstatter, der seine Heldentaten besingt, statt die der Frontkämpfer, ist ein besonderer Genuß. Wir meinen in diesem Falle Herrn E. Dwinger. Er gehört drüben zu den Sängern des kriegerischen Heroismus. Nach 1918, als er aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückkehrte, gab er sich defätistisch, pazifistisch. Aber nach 1933, in seinem Roman der Baltikumer, zeigte er sich aufgenordet und als eine Art epischer Wildenbruch. Ha, wie sauste da die deutsche Klinge! Das waren deutsche Hiebe! Also der geborene Kriegsberichterstatter brauner Blätter. Ist er auch geworden, und schon erscheinen seine spanischen Schmonzetten als Buch. Wir halten uns an eine Probe, die von der Nazipresse nachgedruckt wird. Die Herren Franco-Berichterstatter wollen von einem Ausflug in ihr Hauptquartier zurück, aber das Auto muß an einem noch nicht von Francotruppen besetzten Ort vorbei. Vielleicht sind noch Rote drin, orientiert sie sechs Kilometer vorher

ein Maurenkapitän. »Sie können Feuer kriegen«. Was bedeutet das schon für ein prominentes Mitglied der Reichsschrifttumskammer? »Vorwärts!« schnarrt dieser den Chauffeur zu. Stumm, drohend fliegt das Dorf heran. »Hindurch!« Da taucht, oh Schrecken, am Ende des Dorfes ein Schützengraben auf. (Ein Schützengraben — und das hat der Maurenkapitän nicht gewußt?) Doch nun muß man den Sänger des Heroismus persönlich genießen:

»Wie Eis fällt es in mein Blut, daß ich keine Waffe habe, ich hatte es völlig vergessen — jetzt tasten meine Hände herum, suchen zitternd einen kalten Stahl, irgend etwas zum Schießen! Ich erinnere mich nicht, jemals ein scheußlicheres Gefühl gehabt zu haben als in diesem Augenblick der völligen Wehrlosigkeit — ich war im Kriege einst in mancher schweren Situation, immer aber konnten die Hände tröstend eine Waffe umklammern. Immer stand die dunkle Lockung eines männlichen Zweikampfes dahinter! Wie konntest du nur, knirschte ich mich an, nicht einmal daran denken... Nur einen Karabiner, nur einen Rahmen Patronen, um sie uns so lange vom Leibe zu halten, bis der brave maurische Kapitän...«

Bis nämlich der — sechs Kilometer entfernt wachende — brave maurische Kapitän zu Hilfe kommt, um sie versprochenermaßen eventuell »heraus zu hauen«...

»Aber unser Chauffeur hat es nicht aufgegeben, geht es nicht vielleicht über den Acker hinweg? So braust er von der Straße herunter, hart ist die spanische Erde, hart wie Stein. Gott sei Dank, weit reicht der Graben nicht hinein, bald kann er zur Straße zurück!«

Welch eine rührende Vorstellung vom Krieg! Als ehemaliger Soldat weiß Dwinger,

was heute jedem Hitlerpimpf geläufig ist: daß etwaigen Gegnern im Schützengraben einige Gewehre und ein paar Handgranaten genügt hätten, um das Auto samt Inhalt im Handumdrehen zu erledigen. Dwinger aber tastet nach dem vergessenen Revolverchen, sabbert etwas von der »dunklen Lockung eines männlichen Zweikampfes...« So, wie es sich ein Quartaner bei der Lektüre von Wildwestgeschichten vorstellt: Ha, Schurken, noch habt ihr uns nicht! Der alte Gott lebt noch!

Wo und wie hat dieser Mann eigentlich den Weltkrieg erlebt? Er ist ein Beispiel dafür, welche lächerlich infantile Rückfälle ehemalige Frontsoldaten zeigen können, wenn sie dazu verurteilt sind, deutschen Heidengeist auf Flaschen zu ziehen. Das SS-Organ aber, das sozusagen ein Soldatenblatt sein will, gibt diese unspidatischen, quartanerhaften Blähungen eines verspäteten Karl May bebildert und in großer Aufmachung wieder. Neudeutscher Heroismus.

## Die schlafende Stimme

Es ist mit der nordischen Stimme des Blutes wie mit dem Schutzengel: wenn er gebraucht wird, ist er nicht da. Diese Stimme spricht nichtsdestoweniger mitunter so stark, daß der deutsche Norden mit Mauren und Arabern gemeinsame Sache gegen den englischen Norden macht. Nun gar erst in Skandinavien! Anfang November tagte in Dresden die »Nordische Gesellschaft«; ihr Geschäftsführer Timm konstatierte in einer Rede:

»Daraus ergibt sich von selbst eine Ge-



## Des Familienwappens

### 1. Es gackert auf dem Berge.

»Sind alle Bemühungen, ein altes, schon früher bestehendes Familienwappen wieder aufzufinden, ergebnislos geblieben, und hat alles Suchen in alten Urkunden und Briefen keinen Erfolg gehabt, so kann man zur Neuannahme und Neuschaffung eines Wappens schreiten. Bei der Wahl des Zeichens mag nun die Familie von ihrem Namen ausgehen, wenn dieser eine Beziehung auf einen Gegenstand hat, wie z. B. der Name »Henneberg«, der sich als Zeichen gut ausdrücken läßt, indem man eine Henne (— aber ja nicht einen Ochsen! —) auf einen Berg stellt.«

### 2. Freyherr Pynsell zum Eyntopff.

»Hat der Familienname keine Beziehungen zu einem Gegenstand, so kann auf den Beruf des Wappentragers Bezug genommen werden, indem beispielsweise der Angehörige eines technischen Berufszweiges ein Zahnrad oder ein anderes Zeichen seiner Tätigkeit (Zahnwehtuch?) als Bild nimmt.«

### 3. Außen Sträußchen, innen Kanone.

»Die Helmdecke ist in der Regel zweifarbig, und zwar wiederholen sich die Farben des Wappens in der Art, daß die Farbe außen und das Metall innen erscheint.«

### 4. Ernste Worte an die Nachkommernicht-Inseneren.

»Es soll aber an dieser Stelle nicht veräußert werden, vor den sogenannten »heraldischen Instituten« zu warnen (Forschern, die Heber im VB inserieren als im »Westen«, wo doch nichts Neues ist), die für viel Geld ein Familienwappen, recht bunt und schön ausgemalt und mit einer irgendwo zusammengestoppelten »Familiengeschichte« verbunden, anzubieten versuchen und sich dabei auf eine »Wappensammlung« beziehen, die nie bestand. Oder aber das Wappen wird willkürlich aus einem heraldischen Werk herausgenommen.«

### 5. Ritter mit rückwirkender Kraft.

»Ist der Entwurf des Wappens fertig, und die Familienangehörigen zur Annahme bereit, dann soll noch der letzte Schritt getan werden und das Wappen zur rechtmäßigen Eintragung in die Wappenrolle eines der großen heraldischen Vereine (»Herold«, Berlin) weitergegeben werden, wo es noch einmal auf Herz und Nieren geprüft wird. Wobei sich wahrscheinlich Gallensteine herausstellen. Ist aber auch das behoben, so macht von nun an jeder seinen Klassenhaß und Ständesdünkel schone alleine.«

(Aus dem »Westen«.)

## Eia Weihnacht

Wir lesen in der »Preussischen Zeitung« (Nr. 325) folgenden Schlachtbericht:

»Mitten in das Schießen der Infanterie brummte plötzlich der große Bomber hinein, ließ seine sechs Bomben mit großem Getöse fallen und richtete heillose Verwirrung an. Unendlich viele Tote waren zu beklagen... Das Flackgeschütz raste vor, noch bevor der Bomber seine Tätigkeit beendet hatte, und traf den Bomber an die Tragfläche, so daß sein Absturz nicht mehr zu verhindern war. Damit war die Schlacht jedoch noch

meinsamkeit, ein Verstehen der nordischen Völker aus dem Blutgefühl heraus... So steht zum Beispiel fest, daß die deutsche Ein- und Ausfuhr nach dem Norden seit 1933 fast von Monat zu Monat steigt, trotz allen Boykotts gegen Deutschland, und obwohl dies der Skandinavien von politischen Vereinigungen her vorläufig manchmal noch gar nicht als erfreulich anerkennen will. Die Stimme des Blutes macht sich eben auch gegen den reinen Intellekt geltend, sogar in der Wirtschaft...«

Vor allem ist in Folge der deutschen Ueberrüstungen die skandinavische Einfuhr nach Deutschland gestiegen; für die Ausfuhr wagte der Festredner keine Ziffern anzugeben, es wäre auf eine Kompromittierung der Stimme des Blutes hinaus gekommen, die ja auch, wie Timm zugibt, in der Politik völlig versagt hat. Ja, derart unbegreiflich verwirrt ist diese Stimme, daß die Nazipresse erst kürzlich gegen die Göteborger »Handels- und Seefahrtszeitung« abprotzen mußte, weil sie »einen ganz üblen Hetzaufsatz gegen das nationalsozialistische Deutschland« gebracht habe. Darin heißt es laut »Preuß. Ztg.« (14./11.):

»... daß der Militarismus und der blinde Gehorsam dem Durchschnittsdeutschen ins Blut gegangen sei. In Deutschland sei der Wille, sein eigenes Ich zu behaupten, sehr schwach entwickelt. Der Militarismus sei seit 1933 »bis ins Unglaubliche ausgedehnt« worden. Deutschland habe eine »teutonische Militärdemokratie mit Kadavergehorsam« erhalten, die mit einer »Menge sozialer und hygienischer Einrichtungen, wie Arbeitslager, KdF, Konzentrationslager, Gestapo«, verbunden...«

Am Schlusse folge eine »unverschämte

(Aus einem Aufsatz der »Frankfurter Zeitung« über »Rechtsnorm und Taktgefühl in der Werbung«.)

## Vademecum für das Propagandaministerium.

»Die allgemeinen Grundsätze der Wirtschaftswerbung, daß sie wahr, klar, deutsch sein und dem Handeln eines ehrbaren Kaufmannes entsprechen müsse, gelten selbstverständlich auch hier... Der Leitspruch, der Name, das Bild, das Schlagwort prägen sich dem Gedächtnis ein. Daher muß auch der sogenannte Blickfang wahr sein. Es geht also nicht an, daß etwa in der Schlagzeile eine unwahre Behauptung aufgestellt wird, die dann irgendwo im Text richtiggestellt wird. Wenn ein Teil der Verbraucher, so hat der Werber festgestellt, irreführt werden kann, dann ist die Werbung unerlaubt... Neben diesen Erfordernissen muß der Hinweis auf die Konkurrenz sachlich sein. Jede Herabsetzung muß vermieden werden. Nicht schon jede Erwähnung einer ungünstigen Eigenschaft, sondern erst dann, wenn sie als ein Makel empfunden wird, gilt als herabsetzend, auch wenn sie objektiv wahr ist... Persönliche Herabsetzung des Konkurrenten, Hinweise auf seine Vorstrafen, auf seine Familienverhältnisse, auf seine wirtschaftliche Lage gelten schlechthin als bedenklich.«

### Aber Autarkie geht vor.

»Eine Ausnahme von der grundsätzlichen Sittenwidrigkeit der vergleichenden Werbung dürften wohl auch — eine offizielle oder gar verbindliche Stellungnahme liegt bis jetzt nicht vor — die auf Grund des Vierjahres-

lange nicht entschieden. Man schickte jetzt die Tanks vor. Ratternd kamen die Biester an, unaufhörlich schließend. A.H.—S.—H.H.—H.H.—H meldete die Attacke inzwischen der Funkwagen. Das half aber alles nichts, auch die Flammenwerfer, die feurigrot ihre Strahlen gegen die Tanks spien, vermochten den Angriff nicht aufzuhalten. Da griff er zum letzten Mittel, er schickte seine Soldaten mit dem Nebeltopf vor. Im Nu hüllten dicke Rauchschwaden alles ein. Inzwischen waren die Jagdflieger gestartet und nutzten die Verwirrung aus.«

Ein Bericht aus Spanien? Aus China? Nein. Eine vorweihnachtliche Spielzeugreklame. Die »Preussische Zeitung« fügt hinzu:

»Ist das noch Nürnberger Tand? Nein, das ist, obwohl es größtenteils aus Nürnberg kommt, Spielzeug, das einen tiefen Sinn hat.«

Einen blutigen Sinn, der die Welt erschauern lassen sollte.

### Als ob nichts geschehen wäre

Es hat einmal, im Jahre 1762, in der Meraner Gegend einen Aufstand gegeben, weil zu der Zeit, nach der Meinung der Südtiroler Bauern der siebenjährige Krieg bereits zu lange dauerte und weil Maria Theresia allzu unbedenklich die Landesöhne zum

Anpöbeln gegen den Führer, weshalb die »Pr. Ztg.« ein Einschreiten der schwedischen Behörden fordert. Schlimm für die »Nordische Gesellschaft«, wenn ungeheure Lesermassen mit dieser »Hetze« des Göteborger Blattes einverstanden sind und die Stimme des Blutes erst von den Behörden wach gerüttelt werden muß.

## Entdeckt Deutschland

Haben wir es ihnen nicht voraus gesagt? »Entdeckt einmal Deutschland, ihr Herren vom Film«, ruft eine breite Ueberschrift in der Filmbeilage des »Völk. Beobachter«. Film? Es hätte ebenso gut heißen können: »Ihr Herren vom Theater.« Bei manchen Filmen, gesteht der »V. B.« zu, mag die Verlegung ins Ausland nötig sein.

»aber aus solchen Beispielen das Recht herleiten zu wollen, nach Möglichkeit jeden Film in Paris, Nizza oder London spielen zu lassen, dürfte einen Rechenfehler haben... Wir möchten nun im deutschen Film gern einmal deutsche Themen gestaltet sehen, genau so wie der Amerikaner seine amerikanischen Filme am liebsten sieht.«

Warum kann das nicht sein? Liegt's am deutschen Schriftsteller? Mitnichten:

»Ich glaube auch nicht, daß unsere deutschen Schriftsteller so geistesarm sind, daß sie nicht deutsche Probleme dramatisch gestalten können. Ein Blick in die deutsche Literatur beweist es ja. Aber von denen, die deutsch denken und schreiben können, haben bisher nur wenige die Beachtung der dramaturgischen Büros gefunden. Manchmal kommt einem wirklich der Gedanke, daß diese Menschen, wie der Bücherwurm von Spitzweg, niemals an die frische Luft kommen.«

# Man propagiert

planes besonders geförderten Erzeugnisse in Anspruch nehmen können: Zellwolle, synthetischer Treibstoff, und Kautschuk oder die Produkte aus Kunstharz... Aber auch bei den vom Vierjahresplan geförderten Erzeugnissen, bei denen eine Erfindung vorliegt, die einen Austausch ermöglicht, wo das alte und neue Erzeugnis völlig einander gleichwertig sind, wird man diese Ausnahme zulassen dürfen. Ein unmittelbarer Hinweis auf den Vierjahresplan dagegen (»Hoflieferant«?) ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Werberats gestattet. Hier spielen die großen wirtschafts- und staatspolitischen Erwägungen eine entscheidende Rolle und drängen die allgemeinen werberechtlichen Grundsätze zurück oder setzen sie zeitweilig außer Kraft. Allerdings kann es sich hier nur um eine vorübergehende Erscheinung handeln...»

Seine Meinung zum Punkt der Alleinleistung hat der Werberat dahin zusammengefaßt: »Die Hervorhebung einer alleinigen Sonderstellung ist nur erlaubt, wenn die Sonderstellung nach Umfang und Dauer wirtschaftlich erheblich (verkehrserheblich) und wenn sie bewiesen werden kann.«

### Die Haltung des Reichsgerichts.

»Eine besondere Judikatur, die nicht ganz einheitlich und nicht immer folgerichtig ist, hat sich beim sogenannten Systemvergleich herausgebildet. Der Werberat selbst verwendet dieses Wort bei seinen Richtlinien und Entscheidungen nicht.«

### Gleichschaltung mangelhaft.

»Vom Standpunkt des Werbungstreibenden aus, dem ein Werbetext vom Werberat

verboten werden kann, der in einem entsprechenden Zivilprozeß vor dem Reichsgericht jedoch obsiegt, wird man nur wünschen können, daß Wege gefunden werden, um die Verschiedenheiten möglichst bald auszugleichen... wie es das Bemühen des Werberats ist, die Werbefreudigkeit nicht zu hemmen, sie aber von allen unerfreulichen Auswüchsen mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu reinigen.«

Und auf der Rückseite steht:

### Propagator.

Wenn es wahr ist, daß der Mensch selbst den Stil macht... so darf es nicht wundern, daß die Propaganda des nationalsozialistischen Deutschlands dem Menschen gleicht, dem dieses neue politische Rüstzeug von Adolf Hitler anvertraut wurde. Die Einrichtung eines Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda hat in der Welt zum erstenmal Deutschland getroffen.«

»Sogleich erhebt sich die Frage, wie es denn um eine deutsche Öffentlichkeit stehe. Man erlag dem Irrtum, sie würden die Wahrheit nicht ertragen können. Mit Untertanen macht man keinen Nationalstaat. Die Deutschen brauchen lange, um — nach einem Wort Schillers — aus Knechten des Hauses zu Kindern des Hauses zu werden. Die Kinder des Hauses wollen nicht stumm dirigiert, sondern nachdrücklich angedeutet sein. Die Ansprache als... Ei des Kolumbus, das der Nationalsozialismus gefunden hat... In diesem Sinne war selbst Demagogie nichts Verächtliches. Das Ziel verlangt Zeit.«

Kriegsdienst pressen ließ. In Berlin nun, Verlag Grote, 1936 erschien ein Roman, in dem Marie Veronika Rubatscher sich dieser Kriegsdienstverweigerer annehmen durfte.

Die Achse Berlin—Rom hat wechselndes Wetter. An einem Tage, an dem der Himmel bewölkt war, erhielt M. V. Rubatscher, so wird man vermuten dürfen, diese Autorisation. Denn keineswegs steht zu befürchten, daß sie an irgend einem Orte mißverstanden worden sei, weder in Meran, noch in Berlin, noch auch von kritischen Referenten der »Literatur«, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart. Wir lesen:

»Der südtirolischen Erzählerin fällt die eigene Gegenwart aufs Herz, sie sieht die flotten Meraner Söhne lebhaftig in ein fremdländisches Heer gesteckt, zu einem afrikanischen Feldzug verfrachtet. Vergessen wird die ferne, die längst gewesene Kaiserin, freudig läßt die Erzählerin den Freiheitssinn der Bauern hoch auflodern und die Männer von alten Rechten, vom Landtag, vom fürsorglichen, volksgerechten Landeshauptmann reden. Keinem aufmerksamen Leser wird der Umschlag ins Aktuelle entgehen. Er wirkt herzbeweglich, hinreißend.

Nach einer Weile kehren wir, als ob nichts

geschehen wäre, zu Maria Theresia zurück. Die Aufständischen senden 44 Vertreter nach Wien usw.« (»Die Literatur« 40/2 Nov. 37.)

## Das wudtige Getränk

In Rüdeshelm versammelten sich einige nationalsozialistische Zeitungsschreiber und andere führende Leute, um die »stolzen Lagen und Jahrgänge« der deutschen »Spitzenweine« zu probieren. Auch das ging nicht ohne Reden an die deutsche Nation ab. Wir lesen in der »Kölnischen Volkszeitung« Nr. 321:

»Unter den edelsten Spitzengewächsen bezeichnete Herr Kreisbauernführer Werner den Zier als den besten Wein des Jahrhunderts, mit herrlicher Blume und »mit viel Wuchte«. Zur Bezeichnung des 1933er reiche der Wortschatz nicht aus, um seine Größe und wunderbare Harmonie zu beschreiben. Der 1920er war ein Jahrgang, der mit viel Kenntnis behandelt werden müßte, nach seinem Ausbau aber als »wudtig und stahlige« charakterisiert werden könne.«

Zu einem gewaltigen und ehernen Hasenbraten genossen, stellt er eine nicht wiederzugebende Hochform des deutschen Aufbruches dar.

Wer? Die Schriftsteller, die dramatischen Büros? Wenden wir uns von diesem erneuerten Deutsch ab und eilen wir zum Schluß:

»Es hat aber einen bestimmten Grund, warum immer wieder als Ort der Handlung für deutsche Filme das Ausland gewählt wird: Man ist dann nicht gezwungen, auf die weltanschauliche Seite des Geschehens besondere Rücksicht zu nehmen.«

Das ist es. Denn wenn auf die »weltanschauliche Seite« Rücksicht genommen wird, hält das Publikum den braunen Zimt nicht aus. An den Festtagen jedoch wird man immer wieder das Gedröhn vom unaufhaltsamen kulturellen Aufstieg auch des deutschen Films hören.

## Die geknechtete Kunst

Ein Preis im Wert von über 6000 Mark, der von Mussolini für eine Nationalhymne des italienischen Kaiserreichs ausgesetzt war, konnte nicht verteilt werden. Es hatten sich 200 italienische Komponisten an dem Wettbewerb beteiligt, aber die Preisrichter, zu denen auch Mascagni gehörte, fanden keine dieser Kompositionen eines solchen Preises würdig. Nur 6 von den 200 Hymnen wurden als beachtenswert erklärt. (»Deutsche Allgem. Ztg.«)

## Marlenes Heimkehr

Marlene Dietrich will wieder in Deutschland filmen und man darf gern glauben, daß ihr das Dritte Reich goldene Brücken baut. Der neudeutsche Film ist arm an Kräften,

und ein überspielter Star macht immer noch mehr Kasse, als gar keiner. Darum erschien kürzlich in deutschen Zeitungen folgende Berliner Meldung:

»In einigen deutschen Zeitungen sind in letzter Zeit Meldungen erschienen, denen zufolge die bekannte Filmschauspielerin Marlene Dietrich die amerikanische Staatsangehörigkeit erworben oder sich durch Unterschreiben von Aufrufen beziehungsweise durch Geldspenden für Spanien erklärt habe. Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß diese Behauptungen in keiner Weise den Tatsachen entsprechen.«

Zu diesen deutschen Blättern, die also von Göbbels Nachrichtenbüro geriffelt werden, gehört auch das SS-Organ. Noch im Sommer dieses Jahres hetzte es eine ganze Seite an die Verunglimpfung der »dekadenten Marlene«. Da war sie ein degeneriertes Luxusweibchen, von der sich die deutsche Frau abwenden müsse; eine Hollywooder Puppe, die durch perverse Aufmachung über ihre Jahre hinweg täuschen und auf Lebegreise wirken wolle. Ihre Fingernägel waren in großer, gefärbter Aufmachung zu sehen. Das und andere Verfeinerungen wird die deutsche Presse nicht hindern, einen Singsang auf die »göttliche Marlene« los zu lassen sowie der erste neudeutsche Dietrichfilm erscheint. Und das »Schwarze Korps« wird gern entsprechende Reklameinserate bringen. Denn deutsch sein, heißt wahr sein: Man soll die Nicht-Pages, namentlich wenn es Frauen sind, nur so lange beschimpfen, als man von ihnen keinen Nutzen hat. Aber auf keinen Fall länger.



# Braunes Dienstjubiläum

## Wie sich der Ley die Neuordnung der Sozialpolitik vorstellt

Die »Internationale Rundschau«, herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt in Genf bringt in ihrem Heft 8/1937 eine zwanzig Seiten lange Abhandlung über die »Neuordnung der Sozialpolitik im Deutschen Reich«, in der ein Naziwissenschaftler die historische Entwicklung der »praktischen Werkspolitik« bis zum Jahr 1883 zurück verfolgt. Die Neuordnung im Dritten Reich stimmt nach den Darlegungen des Verfassers »sowohl mit dem Grundnenner, als auch der breiten Linie« mit der Wissenschaft, wie den praktischen Versuchen der gelben Werksvereinspolitik überein. Man kann sich nur wundern, daß das Zentralorgan des IAA ohne eigene Stellungnahme diesen leichten Propagandaartikel mit der Bemerkung enden läßt:

»Die Neuordnung der Sozialpolitik im Deutschen Reich ist sehr lehrreich und wert der Beachtung der ganzen Welt.«

Das Arbeitsordnungsgesetz wird als eine Offenbarung für die Verwendung der Sozialpolitik als Instrument der allgemeinen Staatspolitik gefeiert. Die Umwandlung des Arbeitsverhältnisses in ein »Treueverhältnis« zwischen Gefolgschaft und Betriebsführer darf in der »Internationalen Rundschau« ohne jeden Einspruch »der ganzen Welt« zur Beachtung empfohlen werden. Mit dieser Publikation werden aber auch all die Nazi-Deklamationen von »Ehre der Arbeit«, »Fürsorge des Betriebsführers«, »Vermenschlichung des Arbeitsverhältnisses« usw. in den Bereich der Diskussion über Sozialpolitik einbezogen. Die Tatsache, daß das frühere Arbeitsrecht liquidiert worden ist, wird im Arbeitsordnungsgesetz erklärt. War früher der Dienstvertrag nach römisch-rechtlichen Gedankengängen auf dem Grundsatz von Leistung und Gegenleistung aufgebaut, so basiert die Nazi-Neuordnung auf dem alten deutsch-rechtlichen Treudienstvertrag. Der Betriebsführer sorgt für das Wohl seiner Gefolgschaft.

Der Gesetzgeber begnügt sich im Dritten Reich damit, Verordnungen über die Gestaltung dieses Treueverhältnisses zu erlassen. Es war z. B. notwendig, zum 1. Dezember 1937 eine Anordnung für die

### Ehrung der Arbeitsjubilare

herauszugeben. Eine solche Ehrung ist für 25- und 40jährige ununterbrochene Betriebszugehörigkeit durch Verleihung einer Ehrenurkunde angeordnet. Wenn nun schon solche Anordnungen in der Neuordnung der Sozialpolitik belangreich sind, so sollte es eigentlich unschwer und ohne Richtlinien möglich sein, festzustellen, wann ein Arbeiter diese Dienstzeit zurückgelegt hat. Die Neuordnung, die der Welt zur Beachtung empfohlen wird, sieht aber ein umständliches Antragsverfahren vor. Der Antrag, ob der Jubilar geehrt werden darf, kann nur vom Unternehmer beim Kreisobmann der DAF gestellt werden, der ihn überprüft und an die Reichsbetriebsgemeinschaft weiterleitet. Die weiteren Stadien dieses Verfahrens und die Beteiligung der diversen Dienststellen können hier wegen Raumangels nicht im einzelnen beschrieben werden. Bei der Prüfung der Voraussetzungen für die Ehrung ist festzustellen, ob sich der Dienstjubilare sowohl »nach Ruf und Verhalten, als auch in politischer Erziehung würdig erwiesen hat.«

Die Jubilarehrung ist »eine betriebsinnere Angelegenheit«, doch werden für Verleihung der Urkunde, Ausgestaltung des Verleihungsaktes usw. Richtlinien bekanntgegeben.

»Grundsätzlich entscheidet der Betriebsführer, zu welchem Zeitpunkt eine 25- oder 40jährige Tätigkeit des Gefolgschaftsmitgliedes als zurückgelegt anzusehen ist.«

Es ist also wohl die Möglichkeit gegeben, einem noch nicht als würdig erachteten Jubilar noch zehn Jahre Bewährungsfrist einzuräumen, um dann nach Meinung des Unternehmers doch die zurückgelegte Dienstzeit als zurückgelegt anzuerkennen. Wenn bei der Errechnung Meinungsverschiedenheiten entstehen, so ist wiederum ein besonderes Verfahren und ein Eingreifen der Arbeitsfront nebst ihrer zahlreichen Dienststellen vorgesehen. Es ist also nicht zutreffend, wenn im Ausland immer wieder behauptet wird, die Deutsche Arbeitsfront hätte nicht weitgehende sozialpolitische Befugnisse.

»Ruf, Verhalten und politische Würdigkeit des zu ehrenden Arbeitsjubilars begutachtet der Kreisobmann. Liegen hinsichtlich der politischen Unbedenklichkeit Zweifel vor, so ist der Kreisleiter der NSDAP zu hören.«

Das weitere Berufungsverfahren sieht als nächste Instanz die Reichsbetriebsgemeinschaft vor.

»Das Gefolgschaftsmitglied ist nicht antragsberechtigt. Nur der Betriebsführer oder der Betriebsobmann kann als Antrag-

steller auftreten.« (Der letztere aber nur im Einvernehmen mit dem Betriebsführer.)

Auch die Treue muß schließlich ordnungsgemäß ermittelt werden. Es liegt im Wesen des deutsch-rechtlichen Treueverhältnisses, daß nur der Unternehmer den »Treuerweis« seines Gefolgschaftsmitgliedes ermitteln kann.

»Lehnt der Betriebsführer von sich aus eine solche Ehrung ab, so wäre die Ueberreichung einer Ehrenurkunde seitens der DAF widersinnig, ganz gleich, ob die Beweggründe für die Ablehnung der Ehrung durch den Betriebsführer berechtigt sind oder nicht.«

Für die 50jährige Betriebsstreue wird ein Glückwunsch des Führers verliehen. Auch für diese höchste Ehrung sollen neue Bestimmungen in Kürze erlassen werden. Der Stabsleiter Ley gibt schließlich noch bekannt, daß Ehrungen von Dienstjubilaren, die von dieser »einheitlichen Regelung« abweichen, künftig einzustellen sind. Diese letzte amtliche Anordnung bestätigt nicht nur, daß im Dritten Reich das alte Arbeitsverhältnis abgeschafft ist, sondern sie zeigt auch, daß im Rahmen der deutsch-rechtlichen Regelung des neudeutschen Treueverhältnisses der Treuerweis seine Ordnung haben muß. Mit Recht wird in der »Internationalen Rundschau« der Arbeit — Genf ausgeführt:

»Wer als Nichtdeutscher das Arbeitsordnungsgesetz nur als ein Gesetz von vielen Gesetzen betrachtet, wer es nicht im Zusammenhang mit den allgemeinen politischen Bestrebungen des Dritten Reiches sieht, wer die diesem Gesetz folgenden sozialpolitischen Maßnahmen außeracht läßt, wird in diesem Gesetz weder den Grundpfeiler eines Neubaues der Sozialpolitik noch ein epochemachendes Zeichen von übernationaler Bedeutung erkennen.« Wer die Treueordnung der deutschen Faschisten als »Neuordnung der Sozialpolitik« gelten läßt, wird zum Verräter der Arbeiter und ihrer Menschenrechte.

### Kampf um die Freizügigkeit

Durch eine Reihe von Verordnungen ist die durch die Verfassung gewährte Freizügigkeit für die deutsche Arbeiterschaft völlig beseitigt worden. Es ist einem Arbeiter unmöglich gemacht, seinen Arbeitsplatz zu wechseln. Er hat sich mit dem vom Unternehmer gewährten Arbeitslohn abzufinden und wird gezwungen, sich unter allen Umständen von dem Kapitalisten weiter ausbeuten zu lassen, in dessen Betrieb er bei Inkrafttreten der verschiedenen Verordnungen beschäftigt war. Ein Versuch, sich dagegen zu wehren, ist »böswillige Störung des Gemeinschaftsgeistes.«

Wegen einer solchen Beschuldigung verhandelte kürzlich das Soziale Ehrengericht des Reichstreuhandbezirks Brandenburg. Ein Feinmechaniker aus einer Berliner Maschinenfabrik wollte eine andere Arbeitsstelle annehmen. Seine Kündigung wurde vom Unternehmer nicht angenommen. Er versuchte deshalb seine fristlose Entlassung zu erzwingen. Angeblich soll er zu diesem Zweck an einem Tage im Betrieb eine Zecherel veranstaltet, dem Meister und dem Unternehmer ins Gesicht geschlagen haben.

Das Soziale Ehrengericht ließ den Arbeiter nicht aus dem Betriebe gehen, sondern verurteilte ihn zu einer »Ordnungsstrafe« von 500 RM. Wenn der Arbeiter weiter versuchen sollte, von dem in der noch nicht beseitigten Verfassung gewährtesten Recht der Freizügigkeit Gebrauch zu machen, wird er wegen Staatsfeindlichkeit den Terror des Diktatur-Apparates noch mehr zu spüren bekommen.

### Eine Frage — fristlose Entlassung

Vor dem Arbeitsgericht in Gera klagte ein Arbeiter gegen seine fristlose Entlassung, die deshalb erfolgt war, weil er in einer Betriebsversammlung die Anfrage gestellt hatte, ob das Spenden für das Winterhilfswerk freiwillig sei. Das Urteil des Arbeitsgerichts bestätigt diese fristlose Entlassung, weil der Arbeiter sich durch diese Anfrage als ein Gegner der Einrichtungen des heutigen Staates bekannt habe und weil seine Äußerung eine Störung des Betriebsfriedens darstelle. Die Anfrage des Klägers in der Betriebsversammlung, ob das Spenden freiwillig sei oder auf dem Gesetz beruhe, zeige, daß der Arbeiter damit den Zweck verfolgte, die übrigen Arbeiter gegen das Winterhilfswerk einzunehmen. Wenn er sich nur sachlich hätte unterrichten wollen, so hätten ihm andere Wege offen gestanden. Er habe auch ganz genau gewußt, daß das Spenden freiwillig ist und daß der Betriebsleiter, wenn er vom »Spenden-müssen« sprach, die moralische Pflicht eines jeden meinte.

Also eine bescheidene Anfrage wird mit fristloser Entlassung bestraft. So ist es heute um die deutsche Arbeiterschaft bestellt, von der der Dr. Ley in seinem Kraft-und-Freude-Jahresbericht eben wieder sagt, daß sie der Nationalsozialismus ganz zu »Herrenmenschen« machen werde!

### Durch zweier Zeugen Mund. Parallelbericht des VB und der Frankfurter Zeitung.

»Als krönender Abschluß ... eine wichtige Großkundgebung mit ... Dr. Robert Ley ...«

#### 1. Die apportierte Kultur.

»... Wir brauchen nur eine Idee in das Volk zu werfen, und das Volk nahm diese Idee auf.«

#### 2. Wagner in homöopathischen Butterkartensquantitäten.

»... So sei von einem mangelnden Willen und Begreifen des Arbeiters die Rede. Natürlich dürfe man Menschen ... nicht gleich Wagneropern bieten.« (VB)

#### 3. Kommunisierung der Ganglien.

»... Doch damit diese Gemeinschaft erhalten bleibe, müsse zu der Gemeinschaft der Gedankung auch die Gemeinschaft der Tat kommen, das heißt, es müsse einen gemeinsamen Besitz geben. Dieser sei jedoch nicht in materiellen Dingen zu suchen, er liege in dem gemeinsamen Besitz der ... höchsten geistigen Werte.« Also des Ley, der sogar Wagner abgebaut hat.

#### 4. Wanderschaft statt Lohn.

»... Mit dem Amt »Reisen«, das den empfindlichsten Nerv der Deutschen, seine Reiselust, angepackt habe, habe man ... aus der Erkenntnis, daß die Lohnfrage nicht die entscheidende Frage sei, ... diese Aufgabe in Angriff genommen.« 5. »Messer, Gabel, Schere, Licht — gibt man kleinen Kindern nicht.«

»... Der Führer sei wie ein Vater gewesen: alles Gefährliche habe er seinen Kindern weggenommen, dafür habe er ihnen das Schöne gegeben: Reichsautobahnen, schöne Bauten, die Fahne.«

Alter Witz, zeitgemäß erneuert:

»Herr Leutnant, se ham uns de Fahne jeklaut.«

»Wat for ne Fahne?«

»Die Bratfanne.«

#### 5. Kultur als Arsenik für überständige Pferde.

»... So gehe das Volk den Weg zur Freiheit, es arbeite schwerer denn je, und merke es gar nicht (!!!) und werde nicht müde davon (—??—). Nach allem, was schon erreicht sei, werde noch vieles mehr erreicht werden.« (Frankfurter Zeitung.)

### Kraft durch Saftouren.

Da »Kraft durch Freude« in diesen Tagen das vierjährige Jubiläum begeht, glaubte Gauwart Mierbach die Presse über den »Grundgedanken« dieser Einrichtung belehren zu müssen. Er sagte in seinem Referat u. a. (zitiert nach der »Kölnischen Volkszeitung« Nr. 313):

»Die Urlaubsfahrten sollen keine »Saftouren« sein, bei denen das Maß des Vergnügens abhängt von der Menge des konsumierten Alkohols. Viele der Urlaubsfahrer suchen ihre Freiheit mit diesem falschen Mittel der Freude zu genießen, sie gehen von einem Gastlokal in das andere, von einem Kameradschaftsabend in den zweiten, und sie steigen, den Angeboten des Fremdenwesens folgend, von einem Omnibus in den anderen. Das Ziel ihrer Reise aber soll nicht die Hetze, sondern die Ruhe sein. Am Schluß bedauern verstimmte Mienen das hingeschwundene Geld. Alle diese Nebenerscheinungen liegen an den Menschen selbst. Man wird ihnen künftig entgegenarbeiten.«

Vier Jahre lang hat man ihnen nicht entgegen gearbeitet, vielmehr wurden die Kameradschaftsabende und »Saftouren« — für die Dr. Ley volles Verständnis hat — auf Befehl und unter Führung der Kraft-durch-Freudenspende in Szene gesetzt. In Zukunft gelten Veranstaltungen dieser Art als »wilde«. Aber gesoffen wird weiter.

### Braune Presse.

Die »Frankfurter Zeitung« schreibt unter diesem Titel: »Aus Anlaß der Gaukulturwoche des Gaues Koblenz-Trier hatte die Reichspressekammer des Gaues eine Arbeitstagung nach Bad Neuenahr einberufen. Hauptamtsleiter Rienhardt, der Stabsleiter des Reichsleiters Amann, sprach über die Grundzüge der Arbeit der Reichspressekammer. Die Bindung an das Gesamtwohl bedeute aber keineswegs ein Ende der Freiheit. Die Arbeit in der deutschen Presse sei ungemein schwieriger als früher. Es kommt

heute darauf an, jede einzelne Maßnahme den Lesern verständlich zu machen... Mehr denn je komme es auf... Kommentare an... In diesem Zusammenhang stellte Stabsleiter Rienhardt die Frage, welche grundsätzlichen Maßnahmen denn in Zukunft auf dem Gebiet der Regelung des Pressewesens zu seien und gab hierauf die Antwort: gar nichts. Um ihre Existenz könne sich eine Zeitung nur noch bringen durch publizistische Wirkungslosigkeit.

Die Bindung an den Vierjahresplan beseitigt keineswegs die Vogelfreiheit des Provisionsreisenden, der mit gebundener Marschroute Dinge vertreten soll, und noch dazu mit ansteckender Begeisterung, bei denen ein Anlaß zur Begeisterung sich schwer erfinden ließe.

Preisrätsel: was ist der »publizistische Wirkungslosigkeit« förderlicher: Schriftleiter mit der eisernen Existenzsicherheit von Staatsbeamten, die ein Blatt mit ewig gleichbleibender Pöbeli wie eine Wurst vollstopfen, nach deren ersten Zipfel man sich schon übergibt oder einschläft; und die das bis zum jüngsten Tag tun können, solange dabei keine Verletzung der Parteidisziplin passiert? Oder Journalisten als Kulis, die die Reize von Anmierfräuleins entwickeln sollen, unter den aus Gerhart Hauptmanns »Weber« bekannten Hausordnungen sozialer Art; und bei diesem trottelhaften Raubbau sich natürlich bald Betätigungen zuwenden müssen, worin zwar die Freiheit der Meinungsäußerung auch nur dem Ausland gegenüber besteht, die aber, trotz oder wegen Abwesenheit sozialer Ideale, die Ausbeutung um einige Grade weniger grundsätzlich und rigoros betreiben. Und der Nachwuchs besteht schließlich nur aus Leuten, die der Chef verdient.

### Eine deutsche Frau will Butter kaufen.

Wie aber, aus der nachstehenden Briefkastennotiz im »Dresdner Anzeiger« vom 20. November 1937 hervorgeht, ist das nicht so einfach:

C. »Ich bin in einen anderen Stadtteil umgezogen, kann aber keinen Butterhändler finden, der es übernehmen will, mich mit Butter zu beliefern. Ich muß darum meine Butter in dem früheren Geschäft holen, was mit viel Zeit und Straßenbahnkosten verbunden ist und dadurch das Stück Butter wesentlich verteuert. Vor einiger Zeit brachten Sie in Ihrem Blatt die Bekanntmachung, daß bei Änderungen in der Personenzahl hinsichtlich der Butterzuteilung die Änderung unverzüglich der zuständigen Wohlfahrtspolizeistelle gemeldet werden solle. Gilt dies auch für meinen Fall? — An sich wohl auch, doch wenden Sie sich wegen Zuteilung eines Buttervertellers am besten an die Fachgruppe Nahrungs- und Genussmittel der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel, Bezirksfachgruppe Sachsen, Dresden A, Ringstraße 18.«

Fachgruppe, Wirtschaftsgruppe, Bezirksfachgruppe — in anderen Ländern gehen die Frauen in einem solchen Falle einfach ins nächste Buttergeschäft. Aber im Dritten Reich ist eben alles besser organisiert.

### Knute gegen Wissenschaft.

Drohungen gegen den Nobelpreisträger Max Planck.

Auf der Tagung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft und der Gesellschaft für technische Physik, die im Herbst dieses Jahres in Bad Kreuznach stattfand, wurde zum erstenmal seit 1933 die dem Nobelpreisträger, Professor Max Planck, dem Schöpfer der Quantentheorie gewidmete »Planck-Medaille« verteilt. Obgleich drei von den früheren fünf Mitgliedern der Kommission, die über die Verteilung der Medaille zu entscheiden hatten, unter ihnen Albert Einstein, Deutschland nach Hitlers Machtantritt verlassen haben, wurde die Medaille von der gegenwärtigen Kommission nicht einem der im Dritten Reich fungierenden Lehrer der »Deutschen Physik«, sondern vielmehr einem der drei emigrierten großen Physiker, dem Nobelpreisträger, Professor Schrödinger, zugesprochen. Das »Schwarze Korps«, das Organ der SS, setzt diese Entscheidung in Vergleich mit der Verleihung des Nobelpreises an den deutschen Friedenskämpfer Carl von Ossietzky und versucht für ihr Zustandekommen Prof. Planck persönlich verantwortlich zu machen und ihm politische Motive zu unterstellen. Das Blatt schließt seinen Angriff mit den Sätzen: »Professor Planck kann nun einwenden, daß die Politik mit theoretischer Physik nichts zu tun habe. Das mag, vom fachlichen Standpunkt aus betrachtet stimmen, vom staatspolitischen jedoch nicht. Professor Schrödinger hat demonstrativ in politischer Hinsicht sich gegen Deutschland gestellt; einen solchen Mann wegen etwaiger fachlicher Verdienste auch noch zu ehren, ist ein Zeichen nationaler Entwürdigung, wie es instinktuell nicht gedacht werden kann. Von »Absicht« wagen wir in diesem Zusammenhang gar nicht zu reden.«